

Cornelia Daurer – Marcus Gräser – Brigitte Kepplinger –
Martin Krenn – Walter Schuster – Cornelia Sulzbacher (Hg.)

Bericht der Linzer Straßennamenkommission

Auszug aus dem Gesamtbericht

<https://stadtgeschichte.linz.at/strassennamenbericht.php>

Christian Reiter

Josef Gruber

Landeshauptmann-Stellvertreter und Bürgermeister von Linz, 12.3.1867–5.9.1945

Gruberstraße, benannt 1945

Kurzbiographie

Josef Gruber wurde am 12. März 1867 in Lambach geboren und begann nach der Volks- und Bürgerschule eine Ausbildung zum Pädagogen. Im Jahr 1886 legte er an der staatlichen Lehrerbildungsanstalt in Linz die Reifeprüfung ab. Gruber begann seine berufliche Laufbahn in St. Agatha, das in der Nähe von Bad Goisern liegt. Zwei Jahre lang, bis 1888, unterrichtete er dort als provisorischer Unterlehrer. Von 1889 bis 1892 war er als Unterlehrer in Altmünster beschäftigt.¹ Gruber war verheiratet und hatte drei Kinder: „Er führte ein gutes Familienleben, leider erblindete seine Frau bald. Durch sie, eine Bauerntochter, hatte er auch gute Einblicke in landwirtschaftliche Sozialprobleme.“²

Nach der erfolgreich bestandenem Lehrbefähigungsprüfung für Bürgerschulen, die er 1891 ablegte, erhielt er ab 1892 als Fachlehrer verschiedene Anstellungen an Linzer Bürgerschulen. Von 1892 bis 1900 unterrichtete Gruber an der Bürgerschule auf der Spittelwiese und von 1900 bis 1901 an der Schützenstraße³. In der Knabenbürgerschule an der Figulystraße, wo er seit 1902 arbeitete, wurde er im Jahr 1926 zum Hauptschuldirektor befördert. Gruber hatte diese Funktion bis zu seiner Pensionierung im Jahr 1933 inne.⁴

„Für die Sozialdemokraten hingegen waren es die Lehrer, deren Ausbildung sie wertvoll für die Parteiarbeit machte, die ein bevorzugtes Rekrutierungsreservoir waren. Priester, Jurist und Lehrer waren typische erlernte Berufe, geeignet für Elitepositionen in Partei und öffentlichen Körperschaften. Ihr Aufstieg zur Prominenz ist ohne politische Institutionen nicht denkbar. Bei Hauser und Schlegel war es die katholische Kirche, bei Gruber die Sozialdemokratie, die ihnen die Chancen eröffneten.“⁵

Im Jahr 1905 wurde Gruber erstmals als sozialdemokratischer Gemeinderat gewählt. Von 1908 an war er auch Reichsratsabgeordneter und seit 1918 Landeshauptmann-Stellvertreter:

¹ Grill, Bürgermeisterbuch, 120. Vgl. dazu Puffer, Gemeindemandatare, 147.

² Slapnicka, Führungsschicht, 106.

³ Heute: Südtirolerstraße.

⁴ Grill, Bürgermeisterbuch, 120. Vgl. dazu Puffer, Gemeindemandatare, 147.

⁵ Tweraser, Landtag, 348.

„Gruber war seit 1918 maßgeblicher Führer des demokratischen Flügels der Sozialdemokratie.“⁶ Große Verdienste erwarb er sich als Leiter des Ernährungsreferats in der Nachkriegszeit: „1920 trat Gruber, der seit Anbeginn das Ernährungsreferat zu betreuen hatte, während der Großdeutsche Langoth das Sicherheitsreferat unter sich hatte, mit viel Krach zurück.“⁷

Die besten Redner im oberösterreichischen Landtag waren auf der einen Seite der christlichsoziale Pfeneberger und der führende Sozialdemokrat Gruber:

„Er war ein scharfer Redner – schärfer als der erste Sozialdemokrat im Landtag, Hafner. In den ideologischen Auseinandersetzungen zwischen Gruber und Pfeneberger erreichte der Landtag ein Niveau, wie später selten. Dabei hatte Gruber eine stets heisere Stimme.“⁸

Am 28. Mai 1930 musste Gruber den interimistischen Bürgermeister Euler ablösen und wurde mit 44 von 58 Stimmen zum Bürgermeister der Stadt Linz gewählt. Die notwendige Ablöse war durch die Personalnot bei den Sozialdemokraten entstanden. Trotz seiner schweren Krebserkrankung trat er bis zum 12. Februar 1934 nicht zurück.

Die Kampfhandlungen des Bürgerkriegs erlebte er nicht selbst mit, da er sich zu dieser Zeit im Allgemeinen Krankenhaus der Stadt Wien befand, wo er eine der vielen Kehlkopfoperationen über sich ergehen lassen musste: „Im Februar 1934 mußte er sich gerade in Wien einer Operation unterziehen; elf Jahre später starb er, der schwere Jahre mitgemacht hatte, unmittelbar nach Ende des Zweiten Weltkrieges an Kehlkopfkrebs.“⁹ Sein genauer Todestag war der 5. September 1945.

Leistungen

Bezirkshauptmannschaften

In einer Konferenz der Landesregierung am 14. November 1918, vertreten durch Gruber, Mayr und Langoth, sowie den Bezirkshauptleuten ging es darum, ob die Ausschüsse in den Bezirkshauptmannschaften den Bezirkshauptmännern unterstellt werden sollten. Langoth und Mayr waren dafür, Gruber dagegen:

„Der alte Obrigkeitsstaat habe sich aufgelöst in allgemeine Autonomie und das müsse auch in der Verwaltung Ausdruck finden. Die Wünsche, der Rat der Bevölkerung müssen ge-

⁶ Slapnicka, Führungsschicht, 106.

⁷ Ebenda.

⁸ Ebenda.

⁹ Ebenda.

hört werden, die Anordnungen der Behörden dürfen nicht den Charakter einer obrigkeitlichen Anordnung tragen, sondern den eines durch allgemeine Vereinbarung zustande gekommenen Beschlusses.“¹⁰

Slapnicka erwähnt, dass Gruber auch noch „1924 heftige Auseinandersetzungen mit den oberösterreichischen Bezirkshauptleuten“¹¹ hatte.

Volkswehr

Am 4. Februar 1919 führte die Hungersnot zu Plünderungen in der Linzer Innenstadt. Ein Demonstrationszug zog vor das Landhaus und eine Abordnung wollte mit dem Landeshauptmann sprechen, der nach Wien gereist war. Gruber als sein Stellvertreter versprach den Arbeitern, sich für ihre Anliegen einzusetzen. Einige Arbeiter gingen aber nicht nach Hause, sondern plünderten dutzende Geschäfte an der Landstraße. Am Abend gelang es der Volkswehr, die Plünderer zu vertreiben.¹² Der Legende Langoths, die Volkswehr hätte mit den Plünderern kooperiert, um sich als einziger Befreier feiern lassen zu können, widersprachen Zeugenaussagen aus dieser Zeit.¹³

Am 10. Mai 1920 organisierten die Kommunisten eine Demonstration auf dem Hauptplatz und forderten den Rücktritt des sozialdemokratischen Landeshauptmann-Stellvertreters Gruber.¹⁴ Die Demonstranten scheiterten bei dem Versuch, die Schlosskaserne zu stürmen. Nachdem die Versammlung nicht gewaltlos aufgelöst werden konnte, ging die Volkswehr gegen die Demonstranten vor, konnte aber einen Schusswechsel nicht verhindern. Nachdem sich die Menge aufgelöst hatte, waren sieben Tote und 21 Schwerverletzte die traurige Bilanz.¹⁵ Das von der Landesregierung verhängte Standrecht blieb bis zum 15. Mai in Kraft.¹⁶

Die Landesparteileitung der Sozialdemokratischen Partei verurteilte die neuerlichen Unruhen am 10. Mai 1920 mit klaren Worten:

„Es hat sich also gestern nicht um eine Demonstration von Arbeitslosen gehandelt, auch nicht um eine Willensäußerung in Bezug auf ein politisches Recht. Vielmehr war es eine gewissenlose Herausforderung der ganzen Öffentlichkeit, unternommen im Vertrauen auf die Langmut und den guten Willen der Verantwortlichen in der Stadt und im Land.“¹⁷

¹⁰ Zitiert nach Schuster, Langoth, 57.

¹¹ Slapnicka, Führungsschicht, 106.

¹² Vgl. dazu Schuster, Langoth, 59 f.

¹³ Vgl. dazu ebenda, 59.

¹⁴ Schuster, Umbruch, 18.

¹⁵ Schuster, Langoth, 60.

¹⁶ Schuster, Umbruch, 18.

¹⁷ Schuster, Langoth, 60.

Obwohl die Sicherheitsmaßnahmen gemeinsam von den Landeshauptmann-Stellvertretern Schlegel, Langoth und Gruber, dem Linzer Bürgermeister Josef Dametz und dem Vizebürgermeister Robert Mehr geleitet wurden, versuchten die Parteigänger Langoths, ihn als Befreier von der „roten Rätediktatur“ hochzustilisieren.¹⁸

Bei der Frage, ob die Volkswehr, das Freiwilligenheer der Republik Deutschösterreich, der Gendarmerie unterstellt werden sollte, wollte Langoth die Bezirkshauptleute davon überzeugen, dass das Kommando der Gendarmerie übertragen werden sollte. Obwohl Langoth als Sicherheitsreferent dafür zuständig war, musste Gruber mit der Volkswehr direkt verhandeln:

„Mein Referat war nicht das Militärreferat. Damals war die Volkswehr durch und durch kommunistisch. Wer ist abgesandt worden? Ich mußte in die Versammlung der damaligen Rotkappler gehen und mußte die Antwort der Landesregierung, die ausweichend war, geben. Da war ich gut genug.“¹⁹

Gutenberg-Druckerei

Als Parteiobmann war Gruber so wie die meisten Obmänner vor und nach ihm für die Belange der Druckerei Gutenberg und der Zeitungen zuständig. Er profilierte sich aber darüber hinaus als engagierter Mitherausgeber der Tageszeitung und als brillanter Journalist für die Anliegen der Arbeiterschaft.

„Vielseitig gebildet und begabt führte er im Landtag als scharfer Redner auf hohem Niveau die ideologische Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner. Er hatte aber auch die Bürde zu tragen, die Druckerei und die Parteipresse durch ihre schwerste Zeit von 1931 bis zum Ende 1934 zu begleiten. Geradlinigkeit und menschliche Größe zeichneten den Mann aus, der elf Jahre mitansehen musste, wie seine Ideale in Trümmern lagen. Er starb nach Ende des Zweiten Weltkrieges an Kehlkopfkrebs, einen Monat vor dem Wiedererstehen des Tagblatt.“²⁰

In der Sitzung des Landespartei Vorstandes vom 15. April 1932 berichtete Bürgermeister Gruber über den Verlauf der Verhandlungen zur Umgestaltung des Tagblatts und betonte, „daß unter den heutigen Umständen es unmöglich ist, an eine nennenswerte Ausgestaltung des Tagblatts zu denken. Bis jetzt war es nur entgegenkommenderweise von Seite der Arbeiter-Zeitung möglich, unseren Stand in Oberösterreich zu behaupten“²¹. Mit einem dringlichen Appell bat Gruber um die Zustimmung des Landespartei Vorstandes:

¹⁸ Schuster, Langoth, 61.

¹⁹ Zitiert nach Schuster, Langoth, 57.

²⁰ Gutenberg, Druckerei, 80.

²¹ Ebenda, 64.

„Nennen Sie mir einen Mann, der eine Lösung in irgendeiner anderen Form durchführen kann, ich kenne keinen. Merken Sie sich alle gut den 15. April. Es ist ein Tag der Entscheidung, ich habe Sie gewarnt, beschließen Sie das, was zum Wohle der Partei und der Druckerei notwendig ist. Wir schlagen daher vor: Die Beilage ‚Volk und Zeit‘ wird abbestellt, eine vierseitige Beilage aus Wien bezogen. Das Tagblatt erscheint ab 1. Juli nur mehr vierseitig mit der Beilage ‚Arbeiter-Zeitung‘. Die Zeitung wird als Morgenzeitung erscheinen.“²²

Landeshauptmann-Stellvertreter

Die ersten Landtagswahlen in Oberösterreich, die in der neuerstandenen Republik am 18. Mai 1919 stattfanden, brachten den Sozialdemokraten 22 Mandate. Sie stellten mit Josef Gruber den dritten Landeshauptmann-Stellvertreter und Josef Dametz wurde Bürgermeister von Linz.²³

Nach Schuster konnten der Handelskammerfunktionär Dr. Otto Foltz, in Grundsatzfragen für den Verband der Großdeutschen und den Landbund zuständig, weder rhetorisch noch inhaltlich mit dem Sozialdemokraten Gruber und dem christlichsozialen Landesrat Josef Pfeneberger mithalten. Im Mai 1930 mussten die Sozialdemokraten aus Personalnot aber Gruber als Bürgermeister von Linz installieren, ohne jedoch, so Schuster, „einen annähernd gleichwertigen Ersatz als Landeshauptmannstellvertreter aufbieten zu können“²⁴.

Gruber und der Friedensschluss von St. Germain

Die Sozialdemokraten hatten im Gegensatz zu den Deutschnationalen den Friedensbedingungen von Saint Germain zugestimmt. Gruber kritisierte die Haltung des politischen Gegners, weil er es für eine rücksichtslose Politik hielt, die sich nicht um die Leiden der Menschen kümmerte:

„So müssen Sie aus politischen Gründen uns und die Christlichsozialen verantwortlich machen für den jetzt geschlossenen Frieden und doch wissen Sie ganz genau, daß der Friede gemacht werden muß, um die Leute nicht verhungern zu lassen [...]. Ihre Leute waren es, die den Krieg verherrlicht haben [...]. Wir brauchen den Frieden wie einen Bissen Brot, weil nicht verantwortet werden kann, daß tausend und abertausend Gefangene in den Wüsten Sibiriens und in den Fiebernestern Italiens zugrunde gehen.“²⁵

²² Gutenberg, Druckerei, 65.

²³ Ebenda, 51.

²⁴ Schuster, Langoth, 40.

²⁵ Zitiert nach Schuster, Langoth, 31.

Gruber und Langoths Traum vom „Anschluß“

Im Oktober 1922 träumte Franz Langoth von den Großdeutschen trotz fehlender politischer Rahmenbedingungen von einer Zukunft in einem vereinten Deutschland: „Ich bin der Überzeugung, daß die Stunde kommen wird, in der die Machtverhältnisse sich geändert haben werden, in der unser Herzenswunsch, unser Traum und unsere Sehnsucht, das Ziel unserer Politik, in Erfüllung gehen wird.“ Gruber antwortete auf diesen Wunschtraum mit fast hellseherischer Fähigkeit: „Dann gibt es keine Großdeutschen mehr!“²⁶ Gruber sollte Recht behalten, denn bis der „Anschluß“ vollzogen wurde, waren alle Großdeutschen zu den Nationalsozialisten übergelaufen.

Gruber und die Ernährungslage

Am 11. September 1919 warnten die Sozialdemokraten im Landtag vor der schlechten Ernährungslage. Gruber machte als Feindbild den deutschnationalen Bauernverein aus. Angeblich wurden die Bauern unter Druck gesetzt, damit sie Grundnahrungsmittel nicht in die Stadt Linz lieferten: „Es ist eine Pflicht der Landwirtschaft, und eine hohe und heilige Pflicht, die Ernährung der konsumierenden Bevölkerung in den Städten und Industrieorten sicher zu stellen.“²⁷

Er scheute auch nicht davor zurück, vor einem drohenden Aufstand zu warnen:

„Wenn Sie wüssten, welche Gärung in der Bevölkerung besteht, wenn Sie wüßten, mit welcher Sorge wir jede telegraphische Nachricht von Auswärts erwarten über Arbeiter-Ausstände und über Selbsthilfe-Aktionen, dann könnte Ihnen der Ernst der Situation so klar werden, wie er uns ist.“²⁸

In dem politischen Klima der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war es noch möglich, dass Gruber als für Ernährung zuständiger Landesrat zu Langoth kommen konnte, und um Hilfe bat, wenn er nicht mehr weiterwusste. Nach der Frage Grubers, wie er die Bevölkerung mit einem einzigen Stück Vieh ernähren sollte, erklärte Langoth, dass er als Sicherheitsreferent eine große Menge an Fleischkonserven für Notzeiten angelegt hatte, die sofort verteilt werden könnten. Dabei wurde aber auf die Linzer Schiffswerft vergessen. Wortgefechte der Werftarbeiter im Landhaus mit dem Landeshauptmann Hauser und seinem Stellvertreter Langoth konnte Hauser damit beruhigen, dass er mit mehreren Zigarrenkisten auftauchte und mit den

²⁶ Zitiert nach Schuster, Langoth, 31.

²⁷ Zitiert nach ebenda, 32.

²⁸ Zitiert nach ebenda.

Arbeitern gemeinsam eine „Rauchpause“ einlegte. Der Fehler wurde wenig später behoben und so erhielten auch die Werftarbeiter ihren gerechten Anteil an den Konservendosen.²⁹

Am 28. April 1920 besetzten über 600 Invalide das Landhaus und forderten eine Teuerungszulage. Nachdem der Landeshauptmann, wie so oft, nicht anwesend war, mussten Langoth und Gruber die Angelegenheit klären. Gleichzeitig protestierten 300 Erdarbeiter vor dem Landhaus, die Arbeitsplätze für gekündigte Kollegen forderten. Sie entschieden sich dafür, die Forderungen der Invaliden zu erfüllen, aber bei den von Kommunisten angeführten Erdarbeitern nicht nachgeben zu wollen. Sie setzten den Erdarbeitern eine Stunde als Ultimatum, um sich zurückzuziehen und drohten mit „energischen Maßnahmen“, falls sie sich weigern sollten. Die kompromisslose Haltung zeigte Wirkung und die Erdarbeiter zogen in geordneten Bahnen ab.³⁰

Gruber und die Wohnungsnot

Gruber zeigte sich mit dem Landesbudget des Jahres 1924 nicht zufrieden, weil er Investitionen gegen die hohe Arbeitslosigkeit und die erdrückende Wohnungsnot vermisse:

„Ich kann dem Kollegen Langoth keineswegs beipflichten, wenn er diese Art der Budgetierung als einen frohen Ausblick in die Zukunft bezeichnet. Nur zu sparen ist doch kein Standpunkt. Nur zu sparen, um den herrschenden Gruppen im Landtage eine höhere Steuer zu ersparen, ist widersinnig und politisch sicher nicht klug [...]. Herr Kollege Langoth hat blutige Tränen gegenüber dem schlechten Zustand unserer Straßen. Herr Kollege Langoth ist ein städtischer Vertreter und als solcher Vertreter sollte ihm eigentlich weit mehr das Herz beim Gedanken an die entsetzliche Wohnungsnot brechen.“³¹

Angriffe auf die Großdeutschen

Gruber kritisierte die Großdeutschen 1922 nicht nur wegen wechselnder Parteinamen, sondern auch wegen der ständig variierenden politischen Standpunkte:

„Nun, daß sie heute Großdeutsch heißt, ändert nichts an der Tatsache, daß sie früher anders geheißen hat. Mit den Parteischildern, die Sie im Laufe der Jahre nacheinander geführt haben, könnten Sie ein Sachdemobilisierungsamt beschäftigen und die Zahl Ihrer Programme, sie füllten einen Bibliothekskasten. Es gehört geradezu eine Kunstfertigkeit der Mnemotechnik dazu, um die Parteititel aufzuzählen, geschweige denn die Parteiprogramme. In einem aber sind Sie wirklich konsequent: Im Umfallen; das haben Sie bewiesen. Sie wechseln Ihren Standpunkt, wie es gerade notwendig ist.“³²

²⁹ Schuster, Langoth, 54.

³⁰ Ebenda.

³¹ Zitiert nach ebenda, 37.

³² Zitiert nach ebenda.

Nach den Landtagswahlen 1925 fiel Gruber über die Großdeutschen her: „[...] die Herren Großdeutschen sind doch nur mehr ein Filialbetrieb der Christlichsozialen, bei welcher das ganze Inventar mitgegangen ist!“ Die Einengung der Wählergruppen bei den Großdeutschen auf die Lehrerschaft war für Gruber ein Thema im November 1927: „Immer weniger wird die Zahl derjenigen, die die Großdeutschen wählen. Am Schlusse bleiben überhaupt nur mehr die Lehrer übrig als die einzigen Wähler.“

Großdeutsche und Landbündler stellten am 28. November 1927 einen Initiativantrag, die Bundesregierung aufzufordern, die Elektrifizierung der Bahn zwischen Wien und Salzburg zu forcieren. Gruber ortete politische Scheinheiligkeit, weil sie zum gleichen Thema im Nationalrat und in der Regierung anderer Meinung waren:

„Sie reden von der Elektrifizierung, die doch in den Nationalrat gehört. Im Nationalrat ist es verkehrt. Da schweigen Sie sich aus. Ich wette, daß die Elektrifizierung im Nationalrat nicht bewilligt wird. Warum reden Sie ausgerechnet im Landtage und nicht im Nationalrat, innerhalb der Regierung, in der Sie vertreten sind? Dort ist doch Ihr Dinghofer. Er ist eine gewaltige Figur in der Bundesregierung. Sie können sehr leicht die Interessen des Landes Oberösterreich dort vertreten.“³³

Warnungen vor Heimwehr und den Nationalsozialisten

Bei der Verabschiedung des Budgetvoranschlages am 15. Dezember 1931 sah Gruber klar und deutlich die Gefahr der Gewalt, sowohl bei der Heimwehr wie bei den Nationalsozialisten:

„Was müßten denn beispielsweise diese Herren Starhemberg und Hitler, wenn sie einmal ans Ruder kämen, tun, um sich zu halten. Mit Gedanken, die die Welt gesunden, sind sie nicht ausgerüstet. Da ist ihr Rucksack und ihr Tornister leer. Sie haben nur eines, was sie kennen, die Gewalt.“³⁴

Gruber wehrte sich auch dagegen, den sogenannten Führern der Heimwehr und der Nationalsozialisten das Denken zu überlassen und ihnen blindlings ins Verderben zu folgen:

„Ich habe schon eingangs gesagt, daß ich nichts tiefer bedaure, als daß in dieser Zeit Menschen Versammlungen füllen, die nicht denken, sondern nur ihrer Stimmung Ausdruck geben und Beifall klatschen und sich gebärden, als wenn vom Heimweherschutz oder von den Nationalsozialisten geradezu das Tausendjährige Reich kommen würde.“³⁵

In seiner Rede am Großdeutschen Parteitag am 4. Dezember 1927 rechtfertigte Langoth die Existenz der Heimwehr mit dem Bestehen des Schutzbundes, obwohl es genau umgekehrt

³³ Zitiert nach Schuster, Langoth, 39.

³⁴ Zitiert nach ebenda, 43.

³⁵ Zitiert nach ebenda, 44.

war: „So lange ein Republikanischer Schutzbund besteht, solange müssen wir die Heimwehren halten und fördern.“³⁶ Gruber bekämpfte die Unterstützung der Heimwehr durch Langoth im Landtag: Die Sicherheit Oberösterreichs sei in Gefahr, „wenn beispielsweise der Sicherheitsreferent des Landes sich ausdrücklich für die Heimwehr ausspricht.“³⁷ Er warf Langoth konkret auch noch vor, bei der Bewaffnung der Heimwehr tatenlos zuzusehen zu haben.³⁸ Gruber wehrte sich auch dagegen, dass die Heimwehr regelmäßig ihre Befugnisse überschritt und sich die Exekutivgewalt der Polizei wie etwa bei Leibesvisitationen anmaßte. Selbst Langoth als Sicherheitsreferent musste zugeben, dass „Perlustrierungen von Personen durch die Heimwehr natürlich unzulässig seien“³⁹.

Der christlichsoziale Landeshauptmann Schlegel lehnte im März 1928 beide Organisationen, Schutzbund und Heimwehr, gleichermaßen ab und sah sich auf einer Linie mit Gruber:

„Ich knüpfe mit Freude an die Äußerung des Herrn Landeshauptmannstellvertreters Gruber an, in der er sagte: Wir brauchen beide Organisationen nicht. Auch ich stehe auf diesem Standpunkt und wüßte den Frieden in Oberösterreich besser gesichert, wenn beide Organisationen nicht da wären.“⁴⁰

Gruber und der Austrofaschismus

Am 14. März 1933, einen Tag, bevor Dollfuß den Befehl gab, das Parlament mit hunderten Polizisten zu sperren und so ein neuerliches Zusammentreten des Nationalrates zu verhindern, trat der Landtag zusammen. Gruber bezeichnete Dollfuß als Putschisten und machte die Christlichsozialen für das Ende der Demokratie verantwortlich:

„Wer waren denn diejenigen, die da nicht müde wurden, von den Sozialdemokraten zu behaupten, daß sie Anhänger der Diktatur wären? Wer macht jetzt in Österreich Diktatur? Die Herren Christlichsozialen, die immer und immer wieder bei anderen diese Absicht gesucht haben und jetzt ganz rücksichtslos sich zur Idee der Gewalt bekennen.“⁴¹

Gruber weigerte sich auch zu akzeptieren, dass die oberösterreichische Landtagsfraktion der Christlichsozialen mit ihrem eingebrachten Dringlichkeitsantrag zur Bewältigung der Krise so tun wollte, als wäre der Putsch eine ganz normale Sache, obwohl allen Mandataren bewusst war, dass sie damit den Boden der Verfassung und des Rechtsstaates ein für alle Mal verlassen hatten:

³⁶ Zitiert nach Schuster, Langoth, 65.

³⁷ Zitiert nach ebenda.

³⁸ Ebenda.

³⁹ Zitiert nach ebenda, 67.

⁴⁰ Zitiert nach ebenda, 65–67.

⁴¹ Zitiert nach ebenda, 46.

„Solange ich diesen Antrag nicht vor mir liegen gehabt habe, habe ich immer noch eine Hoffnung gehabt, aber wenn selbst die Anhänger der christlichsozialen Partei in Oberösterreich, die entweder selbst oder deren Funktionäre wiederholt, wiederholt und unaufgefordert sich für den Schutz der Demokratie eingesetzt haben, auf einmal umfallen, dann habe ich keine Hoffnung mehr [...]. War es denn notwendig, daß gerade die Christlichsozialen hier aufmarschieren zur Verteidigung eines Fehlers, den Dollfuß gemacht hat? Müssen sie denn, das ist ein historischer Fehler und eine historische Versündigung an der Demokratie, die heute hier in diesem Hause begangen wird, positiv erklären, daß alle Vergewaltigungen, die das Gesetz mit Füßen treten, keine Gesetzesverletzungen sind.“⁴²

Gruber ahnte auch, dass es nicht lange dauern sollte, bis die Christlichsozialen einen faulen Kompromiss mit den Nationalsozialisten schlossen:

„Meine Herren! Schließlich begreife ich es, daß Sie vor den Nationalsozialisten eine gewisse Besorgnis haben; aber so sehr Sie jetzt gegeneinander stehen und sich bekämpfen, am Schlusse werden Sie Geschäfte mit den Nationalsozialisten zu machen versuchen, wie es heute in Deutschland das Zentrum macht [...]. So werden auch Sie sehr bald den Weg finden, mit diesen Gruppen eine Vereinbarung zu treffen.“⁴³

Gruber und das drohende Verbot der Sozialdemokratie

Gruber nahm einen Dringlichkeitsantrag der sozialdemokratischen Partei am 10. November 1933 zum Anlass, die Christlichsozialen darauf hinzuweisen, dass Dollfuß mit der Einschränkung der Grundrechte und einer neuen Verfassung die Demokratie endgültig zerstören wollte. Er war sich auch im Klaren darüber, dass für die Sozialdemokratie in einer Diktatur eher früher als später kein Platz sein konnte:

„Wenn Sie uns niederwerfen, wenn Ihnen dieser Schritt gelingen sollte, dann müssen Sie gewärtigen, ob Ihnen nicht etwa politische Verwicklungen mit den Nationalsozialisten in Deutschland die Rechnung verderben, und ich glaube nach den Verhältnissen, wie sie in Deutschland herrschen, dürfte man in ihren Reihen nicht zuversichtlich sein.“⁴⁴

Grubers Verhältnis zu Langoth

Zwischen Gruber und Langoth, beide zum Lehrer ausgebildet, dürfte abseits der politischen Auseinandersetzung, so Schuster, ein „ausgesprochen gutes persönliches Verhältnis“ bestanden haben. Das hing damit zusammen, dass sich beide bei der Leitung der Lehrmittelanstalt des Lehrerhausvereines näher kennen und schätzen gelernt hatten. Selbst als Gruber bereits Bürgermeister von Linz war, intervenierte Langoth bei ihm wegen einer Lehrerin, der

⁴² Zitiert nach Schuster, Langoth, 47.

⁴³ Zitiert nach ebenda.

⁴⁴ Zitiert nach ebenda, 48.

er in einer Linzer Schule eine Anstellung verschaffen wollte und sprach ihn mit „lieber Freund“ an.⁴⁵

Am 14. Juli 1925 glaubte Gruber in Langoth den Schuldigen gefunden zu haben, der seine am 26. Juni von der Landesregierung beschlossene Ernennung zum Direktor der Knabenbürgerschule Figulystraße an Journalisten verraten hatte und so der Auslöser dafür war, dass die Tages-Post darüber berichtete. Gruber war der festen Überzeugung, „es gehe nicht an, daß ein Mitglied der Landesregierung gegen ein anderes so vorgehe“⁴⁶. Langoth behauptete daraufhin, den Artikel in der Tages-Post weder ausgelöst noch beauftragt zu haben und wehrte sich natürlich gegen die Anschuldigung, ein Mitglied der Landesregierung nicht standesgemäß behandelt zu haben.

Gruber vs. Langoth: „Probegendarmen“

Nach einer Verhaftungswelle von angeblichen Wilderern in Molln durch „Probegendarmen“ aus Steyr, die mit Zustimmung von Sicherheitsreferent Langoth entsandt worden waren, hatte es Tote und Verletzte gegeben. Ein Verdächtiger wurde in seinem Haus von Gendarmen erstochen. Scharfe Kritik zu dieser brutalen Vorgangsweise kam von den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten. Langoth gelang es aber, die von der SDAP und dem Soldatenrat geforderte Verhaftung der schuldigen Gendarmen zu verweigern, weil er sich rechtzeitig beim Staatsamt des Inneren absicherte, das in seinem Sinne „schwerste Bedenken“ kundtat. Die Sozialdemokraten konnten aber erreichen, dass die in Molln verhafteten Wilderer befreit wurden und der Probegendarmenkurs in Steyr ein endgültiges Ende nahm.⁴⁷

Gruber vs. Langoth: Zirkus Kludsky

Im November 1923 unterstellte Gruber seinem politischen Kontrahenten Langoth, dass er sein Sicherheitsreferat ganz im Sinne der Großdeutschen Volkspartei verwalte. Zwei Jahre später, im Mai 1925 behauptete die „Arbeiter Zeitung“, Langoth hätte die Bewilligung für den Zirkus Kludsky in Linz so lange verhindert, bis sich der Direktor dazu genötigt sah, den Erlös einer Vorstellung „für nationale Zwecke“ zu spenden.⁴⁸

Auf einem Flugblatt der Sozialdemokraten aus dem Jahr 1925 unter dem Titel „Die Kludsky-Deutschen“ wurde das „angebliche Verlangen Langoths, die Spielbewilligung für

⁴⁵ Schuster, Langoth, 55.

⁴⁶ Zitiert nach ebenda.

⁴⁷ Ebenda, 62.

⁴⁸ Ebenda.

den tschechischen Zirkus Kludsky in Linz von einer Spende an die Großdeutschen abhängig zu machen“⁴⁹, mit einer Karikatur aufs Korn genommen, die einen Zirkuselefanten zeigt, der von Langoth wie ein Goldesel gemolken wird: „Sadleder: Ziag´ Langoth, ziag´!“ – Langoth: „I ziag´ ja eh! Kommt no ka Ka-ce⁵⁰?“ – Sadleder: „Franzl, i glaub, der - - - pfeift uns was.“⁵¹

Gruber vs. Langoth: Filmverbot für „Im Westen nichts Neues“

Im Jänner 1931 stellte Langoth den Antrag, den amerikanischen Antikriegsfilm „Im Westen nichts Neues“ über den Ersten Weltkrieg zu verbieten. Das Verbot geschah mit Duldung des Landeshauptmanns Schlegel, der sich damit rechtfertigte, dass der Film in Deutschland verboten worden war. Es könne, so Schlegel, „mit der Würde eines Volkes nicht vereinbar [sein], wenn es seine eigene Niederlage, noch dazu verfilmt durch eine ausländische Herstellerfirma, sich vorspielen ließe“⁵². Bestätigt vom Ministerrat, befürchtete Schlegel „Störungen der öffentlichen Ruhe“. Langoth bezeichnete die Produktionsfirma als „eine jüdisch-amerikanische Firma“ und hielt es für ein „Gebot der nationalen Ehre, die Aufführung des Films in deutschen Landen zu verhindern“⁵³.

Die Sozialdemokratische Partei sprach sich entschieden gegen ein Filmverbot aus und warnte vor einer wiederbelebten Zensur, die 1918 abgeschafft worden war. Sie sah auch das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung verletzt. Gruber erkannte in dem Verbot auch noch eine eklatante Verfassungsverletzung: „Mit einem Worte, im Parlamente ist es notwendig, um eine Gesetzesbestimmung außer Kraft zu setzen, die Zweidrittelmehrheit zu besitzen, in Oberösterreich braucht nur der Landeshauptmann-Stellvertreter eine Anordnung hinausgeben und die Verfassung ist aufgehoben.“⁵⁴

Gruber fand in der Anordnung auch noch einen groben Fehler bei der Namensnennung des Autors: „Es bringt der oberösterreichischen Landesregierung bzw. dem Sicherheitsreferenten gerade keine Ehre ein, wenn im Verbot der Vorführung des Films ‚Im Westen nichts Neues‘ als Verfasser des gleichnamigen Buches Karl Maria Remarque⁵⁵ bezeichnet wird. Bei

⁴⁹ Schuster, Langoth, 63.

⁵⁰ Ka-ce: tschechische Krone.

⁵¹ Schuster, Langoth, 63.

⁵² Zitiert nach ebenda, 62.

⁵³ Ebenda, 63.

⁵⁴ Ebenda, 63 f.

⁵⁵ Erich Maria Remarque war der richtige Name des Buchautors.

der Abfassung haben sich wohl die Herren in der Landesregierung ein bißchen an den ‚Freischütz‘ erinnert und gemeint, weil der Komponist Karl Maria heißt, muß auch der Romanschriftsteller so heißen.“⁵⁶

Gruber nutzte die Gelegenheit, die Argumente für das Filmverbot, wie befürchtete Unruhen, zu widerlegen: „Die Straße ist nicht der Ort, wo Regierungshandlungen beschlossen werden, und eine Regierung, das soll sich die oberösterreichische Landesregierung unterstreichen – die sich vor der Straße beugt, ist nicht mehr als Regierung anzusprechen, denn sie regiert nicht, sondern sie wird regiert.“

Es war Gruber auch ein Anliegen, keine Kriegseuphorie aufkommen zu lassen:

„Mit Schauern beobachtet man, wie unsere Jugend schon wieder in ein Fahrwasser getrieben wird, das vorgaukelt. Schon erwacht in der Jugend durch unverantwortlichen Einfluß wieder jene Stimmung des Fäustereckens, schon werden ihr die Redensarten wieder in die Ohren geblasen, die vor 15 Jahren so viele Freiwillige in den Tod gejagt haben: Der Krieg darf nicht wieder zu einem ‚hehren‘ Ereignis umgelogen werden, er muß im Bewußtsein der Völker als das bestehen bleiben, was er für die Soldaten im Feld und die Darbenden im Hinterlande war, und als was wir ihn noch heute am eigenen Leib zu verspüren haben, als eine Heimsuchung, vor deren Wiederholung uns Gott bewahren möge.“⁵⁷

Ernst Koref fand fast 50 Jahre später keine lobenden Worte für Schlegel und Langoth im Zusammenhang mit dem Filmverbot:

„Der deutschnationale Landeshauptmannstellvertreter von Oberösterreich, Franz Langoth, der das Sicherheitsreferat inne hatte, erließ unter dem Druck seiner Gefolgschaft, wobei er vornehmlich von den nationalsozialistischen Fanatikern ausging, gegen eine Filmaufführung in letzter Stunde ein Aufführungsverbot [...]. Langoth erwies sich als schwach, er gab nach, und Landeshauptmann Schlegel nahm diese Entscheidung zur Kenntnis.“⁵⁸

Vereinsgründungen

Gruber war ein vielseitig gebildeter und begabter Mensch. In der Anfangszeit wirkte er „z. B. als Regisseur bei Theateraufführungen des Arbeitervereins und als erster Turnlehrer nach der Gründung des Arbeiterturnvereins“⁵⁹.

⁵⁶ Zitiert nach Schuster, Langoth, 64.

⁵⁷ Zitiert nach ebenda.

⁵⁸ Koref, Die Gezeiten, 155.

⁵⁹ Slapnicka, Führungsschicht, 106.

Grubers erste Radioansprache

Otto Stöber war angeblich der erste, der 1919/1920 die Radiohörer im Arbeiter-Radiobund zusammenfasste, eine eigene Werkstätte für Bastler im Kaplanhof einrichtete und einen Verkaufskiosk im Hof des Hotel Schiff bauen ließ. Später übersiedelte das Geschäftslokal in die Domgasse 5, in die damals bekannte „Eurichs´ Bierhalle“:

„Ich war es, der den ersten Sender lange vor der offiziellen Ravag durch unsere Arbeiter-Techniker – wir nannten sie Radio-Doktoren – in Betrieb nehmen ließ, und es war köstlich, wie Landeshauptmann-Stellvertreter Gruber, der nachherige Bürgermeister von Linz, mit seiner brummig-kehligen Stimme ungläubig eine Ansprache an die nicht sichtbaren Hörer richtete.“⁶⁰

Verhältnis zur Wiener Parteiführung

Obwohl Gruber grundsätzlich als konsensorientiert und kooperationsbereit galt und nicht nur gegenüber christlichsozialen Politikern eine konsensfördernde Haltung einnahm, bewahrte er sich eine gewisse Unabhängigkeit von der Wiener Parteiführung und weigerte sich „z. B. sich dem Wunsche Otto Bauers zu unterwerfen, der den Austritt der Sozialdemokraten aus den Landesregierungen mit Ausnahme Niederösterreichs wünschte“⁶¹.

Das „oberösterreichische Klima“

Nach Schuster war Gruber in der marxistischen Ideologie bewandert und galt als einer der bedeutendsten Redner der Sozialdemokratie im oberösterreichischen Landtag. Der „angriffslustige, vom politischen Gegner gefürchtete“ Gruber stellte aber gemeinsam mit den Landeshauptmännern Hauser und Schlegel einen verlässlichen Partner des „oberösterreichischen Klimas“ dar, das durch eine auf Ausgleich bedachte Zusammenarbeit der beiden größten politischen Parteien gekennzeichnet war:

„Insofern sorgte dieses spezifische oberösterreichische Klima, das lange auch von den Großdeutschen unter Franz Langoth mitgetragen wurde, für eine gänzlich andere Situation, wie man sie in der Zwischenkriegszeit in anderen Bundesländern oder auch auf Bundesebene gewohnt war.“⁶²

⁶⁰ Stöber, Moor-Stöber, 263.

⁶¹ Tweraser, Landtag, 353.

⁶² Schuster, Eliten, 66.

Befürworter des Proporzsystems: „Arbeitsgemeinschaft“

Nach den Wahlen am 18. Mai 1919 bekannte sich Gruber zum Proporzsystem. Da die Sozialdemokraten in den Landtag eingezogen waren, mussten sie auch einen Landesrat in der Landesregierung stellen. Das Proportionalitätssystem verpflichtete die SDAP nach Ansicht von Gruber zur Mitarbeit in der Landesregierung, wenn auch mit der Einschränkung, dass in Oberösterreich im Gegensatz zu Wien kein Koalitionsübereinkommen festgelegt worden war: „Aber wir bilden untereinander keine Koalition der Parteien und besitzen unsere volle Freiheit des politischen Handelns als Vertreter des klassenbewußten, werktätigen Volkes.“⁶³

Auch Landeshauptmann Schlegel bestätigte, dass keine Koalition eingegangen worden war und sprach lediglich von einer Zusammenarbeit der Parteien. Sowohl Gruber als auch Schlegel ersetzten den Begriff „Koalition“ durch den Terminus „Arbeitsgemeinschaft“. Beide etablierten sich somit als Befürworter einer sachlichen Arbeitsgemeinschaft zwischen ideologisch weit auseinanderliegenden Parteien. Nicht nur Gruber weigerte sich, wie bereits erwähnt, dem Wunsch Otto Bauers zu entsprechen und aus der Koalition auszuscheren, sondern auch Schlegel betonte die oberösterreichische Eigenständigkeit: „Die Oberösterreicher lassen sich von niemand zur Scharfmacherei kommandieren.“⁶⁴

Aus Anlass des Voranschlags für das Jahr 1923 äußerte sich Gruber zum unterschiedlichen Proporz im Nationalrat und im Landtag. Im Nationalrat sei die Zustimmung zu einem Gesetz immer auch eine Vertrauenskundgebung. Im Landtag hätte jedoch eine Abstimmung diesen Charakter nicht, da die Verwaltung des Landes nicht allein von der Mehrheit bestimmt werde, sondern die Vertreter der Minderheitsparteien entsprechend ihrer Stärke an der Verwaltung teilnehmen. Da die Minoritäten innerhalb der Arbeitskreise Forderungen erheben und durchsetzen, bestehe für sie auch die Verpflichtung, für den Jahresvoranschlag, dem Ergebnis gemeinsamer Beratung, zu stimmen. Eine Ausnahme würde entstehen, wenn die Mehrheit auf die Mitwirkung der anderen Parteien keine Rücksicht nehmen würde. Da aber im oberösterreichischen Landtag und auch im Landesrat der Geist der Demokratie, wenn auch im beschränkten Umfange, sich schließlich durchsetzt, werde es der Minorität möglich, für Gesetzesvoranschläge zu stimmen und damit auch die Verantwortung zu übernehmen.⁶⁵

Die Proporzdemokratie bedeutete nicht, so Tweraser, dass Oberösterreich eine „Konsensidylle“ ohne jegliche Konflikte war. Es kam immer wieder zu ernststen Auseinandersetzungen

⁶³ Zitiert nach Tweraser, Landtag, 354.

⁶⁴ Kriechbaumer, Die Protokolle, 129.

⁶⁵ Tweraser, Landtag, 357.

und politischen Streitgesprächen auf hohem Niveau, „bei denen sich besonders der streitlustige Gruber hervortat“⁶⁶. Aber der Gesprächsbereitschaft der Parteien untereinander tat das keinen Abbruch, da etwa Landeshauptmann Schlegel sich niemals ganz verweigern wollte: „Solange es Sozialdemokraten gibt, werde ich mit ihnen reden.“⁶⁷

Mit der Verfassungsreform von 1929 versuchten die Christlichsozialen, das Proporzrecht der Landesregierungen ein für alle Mal abzuschaffen. So sollten die Landesregierungen nach dem Grundsatz der Mehrheitswahl durch die Landtage gewählt werden. Mit dieser neuen Regelung hätten die sozialdemokratischen Landesräte aus den Landesregierungen ausgeschlossen werden können: „Während die Stoßrichtung dieser Maßnahme dem Bundesland Wien galt, wären auch die Landesregierungen davon betroffen worden. Dieses Vorhaben wurde von den Sozialdemokraten verhindert.“⁶⁸

Insgesamt beurteilt Tweraser Oberösterreich als gemäßigte demokratisch-parlamentarische Proporzdemokratie:

„Aber in Oberösterreich existierte auch kein reines Proporzsystem wie in der Zweiten Republik. In Oberösterreich herrschte eher ein System *sui generis*, ein Proporzsystem, das grundsätzlich mit der ‚amicabilis compositio‘ arbeitete, und das Mehrheitsprinzip als Korrektur benützte.“⁶⁹

Im Unterschied zum Konkurrenzsystem in der Ersten Republik, in dem Konflikte mit Hilfe der Mehrheitsentscheidungen geregelt wurden, so Tweraser, kam das oberösterreichische System einem reinen Konkurrenzmodell nur begrenzt nahe. Andererseits kann Oberösterreichs Politik erst von 1933 bis 1934 mit dem Prinzip der autoritären Konfliktregelung erklärt werden.

Kulturkampf mit Augenmaß?

Gruber konnte sich dem Kulturkampf zwischen der Sozialdemokratie und den rechten Parteien nicht ganz entziehen, versuchte aber dort, wo der politische Gegenwind zu einem gewissen Zeitpunkt unüberwindbar schien, sich in nobler Zurückhaltung zu üben. Er wusste beispielsweise, dass die Christlichsozialen bei der Frage eines Krematoriums wegen der katholi-

⁶⁶ Tweraser, Landtag, 374.

⁶⁷ Gamsjäger, Schlegel, 25.

⁶⁸ Tweraser, Landtag, 374 f.; vgl. dazu Berchtold, Verfassungsgeschichte, 542 f.

⁶⁹ Tweraser, Landtag, 375.

schen Kirche nicht nachgeben würden. Daher bremste er die ungestümen Antragsteller in seiner Partei und schwor sie auf Maßnahmen gegen die schreckliche Wohnungsnot ein: „Wir haben jetzt in erster Linie für die Lebenden zu sorgen, nicht für die Toten.“⁷⁰

Eingemeindung von Kleinmünchen

Vor der Einführung des Allgemeinen Wahlrechts waren die rechten Parteien im Linzer Gemeinderat für die Eingemeindung gewesen, dann forderten sie eine Vertagung der Abstimmung, weil sie einen Stimmengewinn der Sozialdemokraten im industriell geprägten Kleinmünchen fürchteten. Sie plädierten dafür, dass sich der neu gewählte Gemeinderat damit beschäftigen sollte und wollten die anstehenden Neuwahlen abwarten.⁷¹ Die Sozialdemokraten setzten sich im Gemeinderat durch und hofften auf eine Zustimmung des Landtages. Am 20. April 1923 erzielte die Sozialdemokratie eine Übereinkunft in der Landesregierung. Gruber sah bei der Frage der Eingemeindung Kleinmüchens eine Probe für den demokratischen Geist des Landtages. Nach Gruber war es den Sozialdemokraten nicht unbekannt, dass bei diesem Gegenstand den bürgerlichen Parteien von politischen Heißspornen hart zugesetzt wurde. Es sei daher ein ehrendes Zeichen für den Landtag, dass er das Recht der Mehrheit überall, auch in der Gemeinde, anerkennt.⁷² Auch im Tätigkeitsbericht der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs aus dem Jahr 1927 wurde das positive politische Klima lobend erwähnt:

„Wir haben in Oberösterreich [...] keine besondere Veranlassung, uns über die städtefeindliche Haltung der Christlichsozialen zu beklagen, die in anderen Bundesländern in Erscheinung tritt. Die Autonomie der beiden von Sozialdemokraten verwalteten Statutarstädte⁷³ wird auch dort respektiert, wo den Interessen der Christlichsozialen widersprechende Beschlüsse gefasst wurden, z. B. bei der Vereinigung der Gemeinde Kleinmünchen, die eine überwiegend proletarische Bevölkerung hat, mit Linz.“⁷⁴

Gruber als Retter vor dem Kommunismus

Gruber konnte es öfter, sehr zum Ärger der bürgerlichen und rechten Parteien, nicht lassen, sich mit der Rettung der Republik vor den Kommunisten zu brüsten: „Wir haben Ruhe und Ordnung und damit Hoffnung in Oberösterreich. Das haben Sie uns zu verdanken. Wir haben unsere ganze Popularität auf das Spiel gesetzt, um den Staat zu erhalten.“⁷⁵

⁷⁰ AStL, GRP, 26.4.1919.

⁷¹ AStL, GRP, 9.3.1923.

⁷² Tweraser, Landtag, 356 f.

⁷³ Sozialdemokratisch geführte Statutarstädte: Linz und Steyr.

⁷⁴ Bericht über die Tätigkeit der Sozialdemokratischen Partei Oberösterreichs, 1.1.–31.12.1927, 24.

⁷⁵ Zitiert nach Tweraser, Landtag, 359.

Grubers Einsatz für die Republik und gegen die Restauration

Die Sozialdemokraten verwehrten sich entschieden gegen alle Versuche der Monarchisten, die Republik abzuschaffen. In einem Dringlichkeitsantrag über Maßnahmen zum Schutz der republikanischen Verfassung gegen das „freche Treiben“ der Legitimisten mit ihren Restaurationsversuchen warnten sie vor einer neuerlichen Schreckensherrschaft der Habsburger: „Die volksverräterischen Verbrecher, die das alte Blutregiment der Bajonette, Maschinengewehre und Galgen wieder herstellen wollen, mögen auf der Hut sein.“⁷⁶ Nach einigen Abänderungen des ursprünglichen Antragstextes bekannte sich der oberösterreichische Landtag einstimmig dazu, die Republik gegen jeden monarchistischen Umsturzversuch zu verteidigen. Die Christlichsozialen waren deswegen so leicht zu überzeugen gewesen, weil sie die Angriffe der Legitimisten gegen Landeshauptmann Hauser vom Februar 1921 wegen seiner Haltung im November 1918 übel genommen und daher nicht vergessen hatten.

Das Genfer Abkommen

Obwohl auf dem sozialdemokratischen Parteitag vom 14. Oktober 1922 beschlossen wurde, das Genfer Abkommen nicht zu verhindern, attackierte Gruber in einer Debatte am 31. Oktober 1922 genau dieses Abkommen, das den Anschluss an Deutschland für 20 Jahre verhindere. Die Annahme von Genf mache Österreich zu einem Volk, das keine selbstständige Äußerung mehr wagen dürfe. Die Österreicher seien noch sehr mit der alten Knechtseligkeit durchseucht:

„Lebt denn im Bürgertum überhaupt kein Selbstbewusstsein mehr? Sind wir wirklich heruntergekommen auf die Stufe ägyptischer Fellachen? Es ist der Fluch der 600-jährigen Habsburgerherrschaft, dass alle Manneswürde aus dem Bewusstsein des Bürgertums ausgelöscht wurde. Die Arbeiterschaft kann sich das Zeugnis ausstellen, dass sie allein in diesem Staat Freiheit und nationale Selbstständigkeit verteidigte. Die Arbeiterschaft wehrt sich gegen dieses Verbrechen am österreichischen Staat, gegen dieses Attentat auf die Unabhängigkeit des österreichischen Volkes, mit aller Leidenschaft.“⁷⁷

Gruber beließ es aber nicht dabei, sondern versuchte auch einen persönlichen Angriff auf Landeshauptmann Hauser, der nicht die gewünschte Wirkung zeigte, da Hauser jeden Zweifel an der Republik weit von sich wies. Er betonte, dass er sein Staatsbewusstsein nicht nur bei festlichen Gelegenheiten zeige und stets offen für die Republik eingetreten war.

„Was haben wir davon, wenn die Herren der Gegenseite [Dinghofer, Hauser, A.d.A.] bei festlichen Gelegenheiten ein Bekenntnis zur Republik ablegen, im Augenblick aber, wo es

⁷⁶ Zitiert nach Tweraser, Landtag, 361.

⁷⁷ Zitiert nach ebenda, 366.

sich darum handelt, die Freiheit und Existenz der Republik zu verteidigen, das Gegenteil getan wird. Dann müssen wir den Glauben an Ihre republikanische Gesinnung verlieren.“⁷⁸

Gemeinderat in Linz

Josef Gruber war nicht nur Landtagsabgeordneter von 1918 bis 1934, sondern auch Gemeinderat in Linz von 1905 bis 1934. Von 1918 bis 1930 war er außerdem noch Landeshauptmann-Stellvertreter und von 1930 bis zum 12. Februar 1934 Bürgermeister von Linz. Als Landesparteiobmann für die Sozialdemokratische Partei fungierte er von 1927, nach dem Tod von Darnitz, bis zum Verbot der Partei im Februar 1934.

Gemeindestatut und Gemeindebürger

In der Amtszeit des provisorischen Bürgermeisters Karl Sadleder wurde ein neues Gemeindestatut vorgelegt, das sich in seinen Abstufungen deutlich an die vorangegangenen Statute anlehnte. Nur deutschösterreichische Staatsbürger konnten demnach Gemeindebürgerinnen und -bürger werden. Gemeindegengenossen waren „solche Personen, welche ohne in der Gemeinde heimatberechtigt zu sein, im Gebiet der Stadtgemeinde Linz ihren ordentlichen Wohnsitz haben“⁷⁹. Auswärtige waren „jene, welche ohne Gemeindemitglieder zu sein, sich in der Gemeinde ansiedelten“⁸⁰. Im Sitzungsprotokoll sprach sich Gruber gegen eine Ungleichbehandlung von Gemeindemitgliedern aus:

„GR Gruber stellt fest, dass dieses Statut nur ein provisorisches sein kann. [...] In einer Zeit, in der die Vertretungskörper auf Grund des Gedankens der Selbstverwaltung aufgebaut werden, [wäre es nicht angebracht, A.d.A.], unter den Angehörigen eines Gemeinwesens Unterschiede zu machen. Momentan können diese Bestimmungen nicht entfernt werden, weil gewisse Rechtsverhältnisse und Gesetze dies unmöglich machen.“⁸¹

Das Statut wurde vom oberösterreichischen Landtag beschlossen und trat mit 1. Juni 1919 in Kraft. Am 11. Juni 1919 trat der am 18. Mai neu gewählte Gemeinderat der Stadt Linz zu seiner ersten Sitzung zusammen. Er bestand aus 33 Sozialdemokraten, 17 Christlichsozialen und zehn Mitgliedern der Deutschen Freiheits- und Ordnungspartei. In der nächsten Sitzung am 11. Juli 1919 wurden die Ansuchen von 26 Personen vorgelegt, die um Aufnahme in die

⁷⁸ Zitiert nach Tweraser, Landtag, 366.

⁷⁹ Zitiert nach John, City, 58.

⁸⁰ Zitiert nach ebenda.

⁸¹ Zitiert nach ebenda.

Gemeinde ansuchten, 19 wurden bewilligt. Abgelehnt „wegen mangelnden Aufenthaltsnachweises“ wurden Personen, die aus Budweis (CS), Eggenfelden (Bayern), Krc (CS), Csongrad (H), Prag (CS) und Wiener Neustadt stammten.⁸²

Bekanntnis zur Demokratie

Gruber berief sich trotz aller Ideologie auf die Demokratie als Methode, um Schritt für Schritt politische Ziele der Sozialdemokratie durchzusetzen:

„Man darf in der Politik nicht eine Methode suchen, welche den gegenseitigen Haß zugrunde liegen hat. [...] Wir haben in allen Vertretungskörpern durch die Befolgung der demokratischen Methode einen Verhandlungsboden geschaffen, der es uns möglich macht, wieder einen Schritt weiterzukommen.“⁸³

Bürgermeister in Linz

Antrittsrede im Gemeinderat am 28. Mai 1930

Gruber wurde in der Sitzung des Linzer Gemeinderates vom 28. Mai 1930 im Alter von 63 Jahren mit 44 von 58 Stimmen zum Bürgermeister von Linz gewählt:

„Vorsitzender Vizebürgermeister Kraft: Die Sitzung wird wieder aufgenommen. Ich gebe zunächst das Ergebnis der Bürgermeisterwahl bekannt. Abgegeben wurden 58 Stimmzettel. Davon lauten 44 auf den Namen Gruber, einer auf den Namen Mehr, 13 wurden leer abgegeben. Es ist somit mit der erforderlichen Mehrheit Herr Gemeinderat Gruber zum Bürgermeister gewählt. (Beifall der Sozialdemokraten.)“⁸⁴

Bei seiner Antrittsrede nahm sich Gruber einen betont sachlichen und verbindenden Stil vor und brachte seine Wertschätzung gegenüber dem oberösterreichischen Landtag zum Ausdruck, den er für die demokratische Haltung lobte:

„Ich möchte bei dieser Gelegenheit keinen Zweifel darüber entstehen lassen, daß ich auch in der neuen Funktion der treue Bekenner meiner Parteigrundsätze bleiben werde. Es heißt nun Abschied nehmen von der frischfröhlichen Kampfbegeisterung und sich darauf besinnen, daß zum Wesen meines neuen Amtes vor allem gehört: Gegensätze, die auftauchen, zu beseitigen und auszugleichen. Wenn ich auch mit einem gewissen Bangen, ob ich gerade dieser Pflicht voll genügen werde, an meine neuen Aufgaben herantrete, so beruhigt mich in dieser Hinsicht der Umstand, daß ich ja aus einer guten Gesellschaft komme, aus der oberösterreichischen Landesregierung, einer der wenigen Heimstätten lebendiger Demokratie in diesem Bundesstaate.“⁸⁵

⁸² Zitiert nach John, City, 58.

⁸³ AStL, GRP, 20.2.1920.

⁸⁴ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Juni 1930, 162.

⁸⁵ Ebenda, 162 f.

Gruber nahm sich als frisch gewählter Bürgermeister vor, die wichtigsten Themen wie die Grundpolitik oder die geplanten Wohnbauprojekte weiter voranzutreiben.

„Die wichtigsten Investitionsaufgaben, die uns da bevorstehen, sind die Fortsetzung der Grundpolitik, wie sie schon bisher in der Gemeinde verfolgt wurde, die Fortführung der Wohnbautätigkeit im gesteigerten Ausmaße bei möglicher Ausnützung der gegebenen Möglichkeiten des Wohnbauförderungsgesetzes und die endliche Inangriffnahme der Ausgestaltung des städtischen Straßennetzes.“⁸⁶

Bei den Verkehrsprojekten ging es vor allem um einen weiteren Übergang über die Donau, um den Verkehr mit dem nördlichen Hinterland zu erleichtern und gleichzeitig einen direkten Zugang vom linken Donauufer zum Flugplatz zu schaffen: „Beim Ausbau des Flugplatzes (er lag im Osten der Stadt in der Katzenau, ungefähr dort, wo sich heute das Hafenbecken 3 befindet) hatte Gruber vor allem im Auge, daß Linz auch ins internationale Flugverbindungsnetz miteinbezogen wird.“⁸⁷ Gruber war davon überzeugt, dass er den Umbau des Linzer Bahnhofs ebenso vorantreiben musste wie die Renovierung der alten Donaubrücke. Als ehemaliger Lehrer wollte er seine politische Tätigkeit ganz besonders den Linzer Schulen widmen.

„Die verehrten Damen und Herren werden es gerade bei mir begreiflich, ja selbstverständlich finden, daß sich meine besondere Sorge der Entwicklung des Schulwesens im Gebiete der Stadt Linz zuwendet. In kurzer Zeit wird die Schule im Osten, ein Schulbau, der den modernsten Anforderungen des Schulbetriebes gerecht zu werden versucht, der Benützung übergeben werden können. Ich bin mir schon heute dessen bewusst, daß in absehbarer Zeit zwei weitere Schulprojekte im Süden und Südosten der Stadt in Angriff genommen werden müssen. Solange der Schule nicht ausreichende Räume zur Verfügung gestellt werden können, ist eine alte Forderung besonders meiner Partei nach Herabsetzung der Schüleranzahl nicht verwirklichtbar und können auch die neuesten Lehrmethoden nicht jene Lehrziele erreichen, die im Interesse der Hebung des kulturellen Niveaus unserer Bevölkerung verlangt werden müssen.“⁸⁸

Haltung zu Privatschulen

Stadtrat Grinzing erforderte im Jahr 1931 im Linzer Gemeinderat mit einem Antrag der Christlichsozialen Partei, die unentgeltliche Zuteilung von Lernmitteln für Arme sollte auch für Privatschulen in Linz gelten. Er nahm diese Gelegenheit wahr, um über die angebliche Verschwendung von Steuergeldern für öffentliche Schulen zu polemisieren und sich zum Anwalt der Arbeitslosen und Ausgesteuerten zu machen:

⁸⁶ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Juni 1930, 163.

⁸⁷ Elisabeth Oberlik, Josef Gruber (1867–1945). Mit 63 auf den Bürgermeisterstuhl. In: Lebendiges Linz, Jg. 3 (1980), Nr. 14, 11.

⁸⁸ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Juni 1930, 165.

„Es ist geradezu ein Hohn, daß Sie immer erklären, die Partei der Arbeitslosen, Ausgesteuerten, also überhaupt aller wirtschaftlich Schwachen zu sein, und in diesem Falle handelt es sich nur um Kinder armer Eltern, die die Vorbedingungen zur Erlangung unentgeltlicher Lernmittel ohne weiteres nachweisen können. Sie strafen einfach diese Eltern, weil sie ihre Kinder in Privatschulen schicken. Das geschieht zu einer Zeit, wo die letzte Stadtrats-sitzung beschlossen hat, daß der Finanzreferent Fühlung nehmen muss mit allen jenen Fürsorgestellten, die in den Wintermonaten der bedrängten arbeitslosen Bevölkerung Hilfe angedeihen lassen müssen und zu einer Zeit, wo sie die wahnwitzige Verschwendung von Steuergeldern durch die prunkvolle Einrichtung der neuen Diesterwegschule heute noch immer fortsetzen. Die rote Gemeinderatsmehrheit zeigt in allen Belangen, wo ihre parteipolitischen Sonderinteressen maßgebend sind, daß sie dort rücksichtslos vorgeht. Wenn es aber gilt, Wünsche der Minorität, die in diesem Falle so berechtigt sind, zu erfüllen, weil wir damit lediglich Anwalt der Armen sind und die Forderung auf Bewilligung unentgeltlicher Lernmittel an diese Kinder aber im Gegensatz zu Ihrem parteipolitischen Programm steht, üben Sie einfach Terror durch brutale Abweisung. Vergessen Sie aber nicht, daß wir solange nicht ruhen und rasten werden, bis nicht diese Härte und Ungerechtigkeit gegenüber diese armen Arbeitslosen und Ausgesteuerten beseitigt ist. (Beifall der Christlichsozialen Partei).“⁸⁹

Gruber entlarvte die Privatschulen als katholische Schulen und konterte mit der aus seiner Sicht entscheidenden Tatsache, dass diese von der katholischen Kirche kontrolliert wurden und daher keine Förderungen aus dem städtischen Budget erhalten sollten:

„Es ist doch ein Unterschied zwischen einer öffentlichen Schule und einer Privatschule. Sie verschweigen, daß es sich um konfessionelle Privatschulen handelt. Während die freie öffentliche Schule für alle Bekenntnisse und Richtungen da ist, beeinflusst die konfessionelle Privatschule die Kinder nach einem bestimmten Weltanschauungsziel. Wir und sicherlich auch andere Parteien in diesem Saale werden darum aus Grundsätzlichkeit Ihnen nicht auf dem Wege folgen, diese unnötigen Privatschulen zu fördern. Diese Privatschulen werden doch hauptsächlich errichtet und erhalten, um die Kinder einseitig konfessionell zu erziehen. Sie sagen, die Schule sei Sache der Kirche. (Zwischenruf Stadtrat Grinzinger: Aber nein!) Ja, sind Sie denn, Herr Grinzinger, kein Katholik, daß Sie diesen katholischen Grundsatz leugnen? Bei der konfessionellen Schule entscheidet die kirchliche Obrigkeit, bei der Volksschule die Bevölkerung. Bei dieser hat das Volk allein zu entscheiden, die öffentlichen Schulen können Sie kritisieren, über die katholische Schule dürfen Sie kein Wort reden, da haben Sie alles anzuerkennen, was andere vorschreiben.“⁹⁰

Gruber wollte der Argumentation von Gemeinderat Stampfl nicht folgen, wonach die Privatschulen ein Recht auf kostenlose Lernmittel für Arme hätten, nur weil sie schon vor Jahrhunderten gegründet worden waren.

„Zur Begründung des Antrages hat Dr. Stampfl angeführt, daß gewisse Privatschulen schon mehrere Jahrhunderte bestehen und aus dieser Tatsache wird das Recht abgeleitet, öffentliche Armenlernmittel zu beanspruchen. Ja, auch die Habsburger haben 600 Jahre in

⁸⁹ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 13. Juli 1931, 176.

⁹⁰ Ebenda.

Österreich geherrscht, wollen Sie hieraus das Recht ableiten, daß sie weiterherrschen sollen? Die Zeiten haben sich eben geändert, was gestern war, muß nicht heute sein.“⁹¹

Es war aus Sicht Grubers nicht einzusehen, dass die Privilegierten, die es sich leisten konnten, ihre Kinder in Privatschulen schickten und dann von der öffentlichen Hand verlangten, dass sie dort von der Stadt Linz wie die Armen in den öffentlichen Schulen gleichberechtigt unterstützt werden sollten.

„Wir sind Gegner der Privatschulen. Wir lehnen Ihr Verlangen nicht ab, um Ihnen irgendeine Bosheit anzutun, nicht um den Armen, die dort sind – viele werden es nicht sein – zu schaden. So geht es nicht, der öffentlichen Schule Mißachtung dadurch zu zeigen, daß man das Kind in eine Privatschule gibt und dann verlangt, daß die Öffentlichkeit für diese Mißachtung noch das entsprechende Unterpfang bringt. Ich bin der Ansicht, daß wir Sozialdemokraten gegen diesen Antrag schon aus programmatischen Gründen stimmen werden. (Beifall der Sozialdemokraten.)“⁹²

Grubers Haltung als Bürgermeister zur Tschechoslowakei

Bei der Dezembersitzung des Linzer Gemeinderates im Jahr 1931 stellte die NSDAP eine Anfrage an den Bürgermeister zur Feier anlässlich des 13. Jahrestages der tschechoslowakischen Republik, die in Linz stattgefunden hatte und bei der neben dem Landeshauptmann auch Gruber sowie andere Vertreter der Stadt Linz anwesend gewesen waren:

„Angesichts der Tatsache, daß in der tschechoslowakischen Republik 3 ½ Millionen Deutsche leben, die durch den Friedensvertrag von St. Germain um das feierlich verkündete Selbstbestimmungsrecht betrogen [wurden], erscheint schon die Einladung als sonderbare Achtung der Empfindung deutscher Menschen, noch mehr aber deren Annahme durch deutsche Volksvertreter. Wenn aber darüber hinaus die aus Anlaß der Staatsgründungsfeier vom tschechoslowakischen Konsul gehaltene Rede im Amtsblatt der deutschen Gemeinde Linz veröffentlicht wird, dann muß dies den allerschärfsten Widerspruch auslösen. Die Gefertigten stellen ausdrücklich fest, daß sie die Teilnahme von Vertretern der Stadt an der in Rede stehenden Feier sowie auch die Veröffentlichung der dort vom Konsul der tschechoslowakischen Republik gehaltenen Rede im Amtsblatt der Gemeinde mißbilligen.“⁹³

Bürgermeister Gruber rechtfertigte seine Teilnahme an der Feier mit internationalen Höflichkeiten und diplomatischen Gepflogenheiten. Er sah sich in seiner Funktion auch als Vertreter der Stadt Linz nach außen und betrachtete die Rede des Konsuls in keiner Weise als

⁹¹ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 13. Juli 1931, 177.

⁹² Ebenda.

⁹³ Zitiert nach John, Bevölkerung, 420.

„Verunglimpfung des deutschen Volkes“. Daher seine Entscheidung, die Rede im Amtsblatt zu veröffentlichen.⁹⁴

Wohnungsmisere und Wohnbaupolitik

Die Wohnungsmisere in Linz wurde von allen Parteien anerkannt. Umstritten war allerdings, wer die Wohnungen bauen sollte, die Privatwirtschaft oder die öffentliche Hand. Ideologisch diskutiert wurde auch die Art des Bauprogramms, ob Einfamilienhäuser oder Wohnanlagen und schließlich, wie man die Wohnungen finanzieren sollte, aus den Mitteln des Bundes und des Landes „durch eine die Städte begünstigende Abgabenteilung, durch Anleihen oder durch steuerliche Belastung der kapitalkräftigeren Bevölkerungsschichten zugunsten der ärmeren“⁹⁵.

Im Jahr 1927 war es der Stadt Linz gelungen, die schlimmsten Missstände auf dem Wohnungsmarkt zu beenden. Der Gemeinderat gewährte im Oktober 1923 einen hohen Bauzuschuss an die Baugenossenschaft der freigewerkschaftlich organisierten Arbeiter und Angestellten, aber erst, nachdem die Sozialdemokraten sich verpflichtet hatten, auch bürgerliche Baugenossenschaften völlig gleich zu behandeln.⁹⁶

Anlässlich einer Notstandsmaßnahme, die darin bestand, eine Schule kurzfristig als Wohngebäude zu nutzen, machten die Sozialdemokraten Bund und Land für die Wohnungskrise verantwortlich. Gruber beschwerte sich im Linzer Gemeinderat, dass Linz vollständig vom Landtag abhängig sei, in dem die Bauern das entscheidende Wort hatten. Diejenigen, die das Geld haben, so Gruber, bauten nicht. Die Genossenschaften seien am Ende ihrer Kraft und der Bund gäbe nichts aufgrund der Sanierung der Staatsfinanzen, die sich immer mehr zu einer Plünderung der breiten Massen auswüchse.⁹⁷

Nach einer Parteienvereinbarung beschloss die Stadt Linz im März 1926 insgesamt 160 Mietwohnungen zu bauen. Die gemeinnützigen Baugenossenschaften erhielten Aufträge für 120 Mietwohnungen und 90 Einfamilienhäuser.⁹⁸ Das umfangreiche Wohnbauprogramm im Jahr 1927 war ebenfalls nach langwierigen Verhandlungen zustande gekommen und wurde von allen Parteien unterstützt.⁹⁹ Die Verschuldung der Stadt Linz stieg zwar stark an, aber die

⁹⁴ John, Bevölkerung, 420.

⁹⁵ Tweraser, Gemeinderat, 229.

⁹⁶ AStL, GRP, 26.10.1923.

⁹⁷ AStL, GRP, 21.12.1923. Vgl. dazu Tätigkeitsbericht der SDP OÖ., 1.7.1923–30.6.1924, 21–29.

⁹⁸ AStL, GRP, 5.3.1926.

⁹⁹ AStL, GRP, 16.2.1927.

Arbeitslosigkeit konnte zurückgedrängt werden, wenn auch nicht in großem Ausmaß. Vizebürgermeister Mehr sprach von elf Millionen Schilling für Wohnbauzwecke, die ausschließlich durch Anleihen finanziert wurden.¹⁰⁰

Im Gemeinderat gab es auch ideologische Grabenkämpfe rund um die Mieterschutzgesetzgebung. Zwar wurde der Kampf hauptsächlich in Wien geführt, so Tweraser, aber auch bei den Christlichsozialen in Linz galt die Formel: „Bewahrung des Mieterschutzes bedeutet Expansion der sozialdemokratischen Wohnungspolitik, was wiederum erhöhten sozialdemokratischen Einfluß bedeutet.“¹⁰¹ Die Wohnbautätigkeit führte zu einem Rückgang der saisonalen Arbeitslosigkeit, Linz hatte aber auch hausgemachte Probleme an struktureller Arbeitslosigkeit besonders in der Metall- und Maschinenindustrie und bei den Handels- und Industrieangestellten. Die relative Stabilisierung und die einsetzende Hochkonjunktur brachten bis 1928 keine Erleichterungen auf dem Arbeitsmarkt. Selbst das beste Konjunkturjahr 1929 zeigte höhere Arbeitslosenzahlen als das Jahr 1924.¹⁰²

Bodenwertabgabe

Die Christlichsozialen und die Großdeutschen sahen die Forderung der Sozialdemokraten nach einer Bodenwertabgabe als offenen Angriff auf das streng gehütete Privateigentum.¹⁰³ Im Jahr 1924 gelang es den Sozialdemokraten mit 33 Stimmen – gemeinsam mit den Nationalsozialisten – gegen 25 Stimmen der Christlichsozialen und Großdeutschen die Einführung einer Bodenwertabgabe durchzubringen. Die Zustimmung des Landes Oberösterreich erreichten sie, weil sie es geschafft hatten, mit den bürgerlichen Parteien im Landtag eine Vereinbarung zu erzielen.¹⁰⁴ Eine ähnliche Zusammenarbeit ergab sich auch, so Tweraser, bei der Forderung nach einer Erhöhung der Landesgrundsteuer.¹⁰⁵ Das Ergebnis war 31 Stimmen der Sozialdemokraten und Nationalsozialisten gegen 26 Stimmen der Christlichsozialen und Großdeutschen. Zu Kampfabstimmungen kam es auch über die Deckung eines hohen Budgetabgangs im Jahr 1925. Auseinandersetzungen über das Mieterschutzgesetz spielten dabei ebenso eine Rolle. Die Bedeckung des Abganges durch Zuschläge zur Gebäude- und Grundsteuer wurde knapp mit 27 zu 26 Stimmen angenommen.¹⁰⁶

¹⁰⁰ Tweraser, Gemeinderat, 230.

¹⁰¹ Ebenda; vgl. dazu Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 15. Juni 1925.

¹⁰² Tweraser, Gemeinderat, 230 f.

¹⁰³ AStL, GRP, 8.11.1921.

¹⁰⁴ AStL, GRP, 4.4.1924 und 30.10.1925.

¹⁰⁵ AStL, GRP, 19.12.1924.

¹⁰⁶ AStL, GRP, 24.6.1925.

Im Jahr 1926 kam es zu einer zeitweiligen Entspannung der Situation, weil die dominanten Parteien im Linzer Gemeinderat bereit waren, Kompromisse einzugehen. Im Voranschlag für 1926 stimmten die Sozialdemokraten einer Ermäßigung der Grundsteuer zu und einer Aussetzung der Bodenwertabgabe. Im Gegenzug stimmten die bürgerlichen Parteien einer Wertzuwachssteuer zu. Der Ton der Debatte, so Tweraser, war „außerordentlich gemäßigt“¹⁰⁷. Im Oktober 1926 wurde im Linzer Gemeinderat auch eine Abgabe vom Wertzuwachs bei Liegenschaften einstimmig beschlossen.¹⁰⁸

Verstaatlichung der Polizei

Willkommener Anlass für die rechten Parteien war die von den Behörden genehmigte Smetana-Feier im April 1924, bei der antitschechische Demonstranten, meist Nationalsozialisten, von der städtischen Polizei zu hart angefasst wurden und es zu einigen Verletzungen kam.¹⁰⁹ Die Opposition sah darin sofort einen Beweis für den Missbrauch der Polizei durch die Linzer Sozialdemokraten und verstärkten ihre Forderung, die Polizei in den Bundesdienst zu übergeben. 1926 kam es zu einer Parteienvereinbarung, neue Verhandlungen über die Verstaatlichung der städtischen Polizei zu führen.¹¹⁰ Dem Sozialdemokraten Strasser war es natürlich bewusst, dass die Stadt Linz mit der Verstaatlichung der Polizei ein Machtinstrument aus der Hand geben würde. Die Gefahr, dass eine machtgierige Regierung die Polizei manipulieren könnte, sah er jedoch nicht:

„Die Arbeiterschaft ist doch bei uns ein Faktor, mit dem jede Regierung, auch die Regierung Seipel, rechnen muß. [...] Die Republik hat den Polizeibeamten eine Personalvertretung und Vertrauensmänner gegeben, so daß der einzelne Beamte doch auch gegenüber einer eventuellen Willkür seiner Vorgesetzten [...] geschützt ist und es heute doch nicht so leicht sein wird, sie [die Polizei] zu einem Fremdkörper im Fleische des Volkes umzugestalten.“¹¹¹

Gemeinderat Gruber warnte allerdings, dass vielleicht in diesem Augenblick die Größe des Opfers [die Verstaatlichung der Polizei], das die Gemeinde bringe, noch nicht in voller Klarheit sichtbar sei.¹¹²

¹⁰⁷ AStL, GRP, 5.5.1926. Vgl. dazu Tweraser, Gemeinderat, 231.

¹⁰⁸ AStL, GRP, 27.10.1926.

¹⁰⁹ AStL, GRP, 15.4.1924.

¹¹⁰ AStL, GRP, 5.5.1926

¹¹¹ Zitiert nach Tweraser, Gemeinderat, 232.

¹¹² AStL, GRP, 30.11.1926.

Die Entpolitisierung von Bundesheer und Polizei wurde von den Christlichsozialen nach der Wahl im Jahr 1927 entscheidend vorangetrieben. Die Polizei rekrutierte vorwiegend Angehörige des Bundesheeres. Sie benötigte aber eine Bewilligung des Heeresministeriums, die nur Mitgliedern der christlichsozialen Soldatengewerkschaft, dem Wehrbund, ausgestellt wurde. Angehörige des sozialdemokratischen Militärverbandes wurden daher von der Rekrutierung praktisch ausgeschlossen.¹¹³ Nach nur wenigen Jahren wurden die Polizisten „gehorsame Instrumente der Bundesregierung, die nicht zögerten, auf Arbeiter zu schießen“, so Tweraser. Eine ähnliche politische Umfärbung fand auch in den Garnisonen des Bundesheeres statt. Durch diese systematisch umgesetzte Personalpolitik wurde die Macht des sozialdemokratischen Militärverbandes erfolgreich ausgehöhlt.¹¹⁴

Steuerautonomie der Gemeinden

Ein sozialdemokratischer Antrag im Linzer Gemeinderat für ein autonomes Steuerrecht für Gemeinden in der Bundesverfassung wurde im September 1920 nach langen Diskussionen mit den Stimmen der Sozialdemokraten und der Deutschnationalen angenommen.¹¹⁵ Der christlichsoziale Vizebürgermeister Dr. Stampfl forderte ein Aufsichtsrecht des Landes in Steuerangelegenheiten. Gruber warf ihm vor, nur auf die christlichsoziale Mehrheit im Landtag zu schielen. Er unterstellte den Christlichsozialen außerdem, die alte Zeit wieder zurückhaben zu wollen.

Grubers Haltung zum Putsch

Der leicht erregbare Gruber zeigte sich wütend darüber, so Tweraser, dass die Sozialdemokraten im Jahr 1918 einen Fehler gemacht hätten, als sie nicht voll und ganz zugriffen, während die Bürgerlichen noch in ihren Mauslöchern steckten. Jetzt hielten sie die Zeit für gekommen, den Gang der Dinge nach ihrer Meinung zu beeinflussen zu können: „Einen Putsch von links wünschten die Sozialdemokraten selbst nicht; der Putsch von rechts wurde durch die Christlichsozialen vorbereitet.“¹¹⁶

¹¹³ AStL, GRP, 9.6.1927.

¹¹⁴ Tweraser, Gemeinderat, 234.

¹¹⁵ Schuster, Umbruch, 22.

¹¹⁶ AStL, GRP, 17.9.1920; vgl. dazu Tweraser, Gemeinderat, 223.

Problematische Aspekte

Verweis des „k. k. Stadtschulrathes“ Linz

Josef Gruber und Heinrich Horninger erhielten als sozialdemokratische Lehrer, die an der Bürgerschule Spittelwiese unterrichteten, im Jahr 1899 einen Verweis der Disziplinarkommission, weil sie am Begräbnis des Sozialdemokraten Johann Neander teilgenommen hatten. Das Berufungsverfahren der beiden endete am 12. November 1900 mit einer Ablehnung durch das Unterrichtsministerium.

„Mit dem Erlasse vom 20. November 1900 Z.4008 hat der k.k. Landesschulrath dem k. k. Stadtschulrath Nachstehendes Ihnen zu intimieren aufgetragen:

Das k. k. Ministerium für Cultus und Unterricht hat zufolge Erlasses vom 12. November d.J. Zl.8884 dem Recurse der beiden Unterlehrer Josef Gruber und Heinrich Horninger in Linz gegen das hierämtliche Disciplinärerkenntnis vom 1. Dezember 1899, Z.2981 und 3899, womit denselben ein Verweis ertheilt wurde, keine Folge gegeben, weil die erwiesene, von den Beschuldigten auch zugestandene Theilnahme an dem Leichenbegängnisse des Partheführers Johann Neander in Linz mit Rücksicht auf den ganzen Charakter und Zwecke dieser Leichenfeier und den Ausschluss jeder confessionellen Form bei demselben, als eine Demonstration aufgefasst werden muss, welche geeignet erscheint, das Ansehen als Lehrer und die Wirksamkeit als Erzieher zu beeinträchtigen.“¹¹⁷

Grubers zwiespältige Haltung zur Gewalt

Im Gegensatz zu Hauser und Schlegel drohte Gruber mit gewalttätigen Aktionen unter gewissen Bedingungen, obwohl er sich grundsätzlich gegen die Anwendung jeglicher Gewalt aussprach. Im April 1919 betrachtete er die Sozialdemokratie als Gegner einer Übernahme der Gewalt durch eine Minderheit über eine Mehrheit, aber nur, wenn die anderen Parteien ihr Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie nicht radikal änderten: „Wir wollen unsere Forderungen auf gesetzmäßige Weise erreichen. [...] Aber wenn Sie uns zum Kampf zwingen wollen, dann werden wir die Massen gegen Sie organisieren. Dann bekommen wir eine Zeit, die an den Dreißigjährigen Krieg mahnt.“¹¹⁸

¹¹⁷ AStL, Nachlass Kammerstätter, Zur Geschichte der SPÖ, Mappe Gruber Josef (Landtag), 26.11.1900.

¹¹⁸ Zitiert nach Tweraser, Landtag, 359.

Haltung zum 15. Juli 1927

Als die Nachricht von den Wiener Ereignissen nach Linz drang, reagierten die Sozialdemokraten sofort, um ein Übergreifen der Unruhen auf Linz zu verhindern. Die Gemeinderatssitzung vom 15. Juli schloss Bürgermeister Dametz früher als geplant. Gruber führte die blutigen Demonstrationen auf bürgerliche Provokationen der Arbeiterschaft zurück:

„Ich spreche momentan vielleicht in einer historischen Stunde. In Wien wird seit früh morgens geschossen. [...] Dem verständigen, politisch denkenden Menschen kommt die Explosion nicht unerwartet. Sie ist die Antwort auf eine Folge unaufhörlicher Provokationen. [...] Das Bürgertum lebt in der Psychose, dem Arbeiter jeden Schimpf antun zu können. Die Antwort sehen wir in den traurigen Ereignissen. [...] Es ist wirklich an der Zeit, daß sich die einsichtigen bürgerlichen Elemente zu einer Politik entschließen, die nicht auf bloßer Verachtung gegenüber dem Arbeiter aufgebaut wird.“

Grubers Gesundheitszustand und der Februar 1934

Grubers schlechter Gesundheitszustand äußerte sich anfangs nur in seiner ständig heiseren Stimme, gipfelte aber in der Diagnose Kehlkopfkrebs und sorgte in seiner Zeit als Linzer Bürgermeister für viele Krankenstände. Im Jahr 1932 musste er sich „innerhalb weniger Monate mehrerer Kehlkopfoperationen unterziehen und fiel dementsprechend lange für die Führung der Amtsgeschäfte aus“¹¹⁹.

Schon Tage vor dem 12. Februar 1934 musste sich Gruber wieder einer Kehlkopfoperation unterziehen und stand als Parteiobmann nicht zur Verfügung. Der geschäftsführende Parteiobmann Ernst Koref konnte sich, so Schuster, gegen den Landespartei sekretär und Schutzbundführer Richard Bernaschek nicht durchsetzen.¹²⁰ Koref konnte ihn nicht davon abhalten, eine provokante Waffendurchsuchung für einen Aufstand gegen die Dollfuß-Diktatur zu nutzen. Ohne die bewährte Führung Grubers nahm der Bürgerkrieg seinen ungehinderten Lauf.

Für Tweraser war die „heroische Verzweiflungstat“ des 12. Februar 1934 ein Indiz nicht nur für das Versagen der Wiener, sondern auch der oberösterreichischen Parteiführung. Allerdings sollte man bedenken, so Tweraser, dass Gruber schwer erkrankt in einem Wiener Krankenhaus lag und „Koref noch nicht die nötige Autorität besaß, um sich gegen Richard Bernaschek durchzusetzen“¹²¹. Fest steht für Tweraser, dass Bernaschek die oberösterreichische Parteileitung nicht von seinem Beschluss informierte, gewaltsamen Widerstand gegen

¹¹⁹ Schuster, *Eliten*, 66.

¹²⁰ Ebenda.

¹²¹ Tweraser, *Gemeinderat*, 210.

die Waffensuche und die Verhaftungen zu leisten, da er „mit ihrer negativen Einstellung rechnete“¹²².

Stadt-Land-Konflikt: Grubers Warnung vor einem Bürgerkrieg

Am 16. November 1918 hielt Gruber im Linzer Gemeinderat eine Rede über das Verhältnis von Stadt und Land angesichts von Wucherpreisen und Lebensmittelknappheit.

„Wir Städter und die Bewohner aller Orte, wo die Industrie vorherrscht, sind angewiesen auf die Zulieferung von Lebensmitteln vom Lande herein. [...] Wenn die Zulieferung nur einen Augenblick versagt, kann die Bevölkerung der Verzweiflung anheimfallen. Dann können wir uns das Ende, das aus solchen Stimmungen entsteht, nicht ausdenken. Es wäre jammerschade, wenn zu all dem Blut, das vom Kriege vergossen wurde, noch neues Blut hinzukommen würde. [...] Wenn aus Akten der berechtigten Verzweiflung heraus die Bauernhäuser in Schutt und Asche zusammensinken, wenn sich die – Gott sei dank – vereinzelt Fälle, dass ganze Bauernhäuser ausgemordet werden, vermehren würden.“¹²³

Während des Ersten Weltkrieges war es bereits zu zahlreichen Konflikten gekommen, weil die Bauern den Bedarf an Nahrungsmitteln nicht decken konnten. Schleichhandel und Schwarzmarkt waren die Folge, so John, und belasteten auf Jahre das Verhältnis zwischen Stadt und Land. Aufgestachelt durch die aufgeheizte Stimmung in der Stadtbevölkerung verstieg sich Gruber, der bereits ein Jahr zuvor vor Stadt-Land-Konflikten gewarnt hatte, zu einer Warnung vor dem offenen Bürgerkrieg. Noch im Jahr 1921 war die Versorgungslage nach offizieller Einschätzung schlechter als vor dem Ersten Weltkrieg. Die pessimistische Sichtweise kulminierte in dem Befund, so John, „dass Österreich auf die dauernde Hilfe des Auslandes angewiesen sein werde“¹²⁴.

Anschluss an Deutschland 1919

Gruber wollte für die Sozialdemokratie in Anspruch nehmen, neben den Großdeutschen als Erste den Anschluss an Deutschland gefordert zu haben, konnte aber den Sezessionsgedanken anderer Bundesländer nichts abgewinnen:

„Vorarlberg hat am vorigen Samstag im Landtage beschlossen, das Selbstbestimmungsrecht für sich in Anspruch zu nehmen, entweder mit Zustimmung des Staates oder ohne Zustimmung desselben, sich als eigenes Land zu konstituieren und sich nach freier Wahl wahrscheinlich an die Republik Schweiz anzuschließen. Dieses Beispiel wirkt auch auf die anderen Länder. (Rufe: Sehr richtig!) Wir werden sehr bald das Echo aus Tirol wahrneh-

¹²² Tweraser, Gemeinderat, 211. Vgl. dazu Slapnicka, Bürgerkrieg, 128.

¹²³ Zitiert nach John, City, 56.

¹²⁴ Ebenda, 90.

men und in Salzburg äußerten sich die bürgerlichen Parteien für einen länderweisen Anschluß an Deutschland. Wir sind Gegner einer derartigen Politik, wir sind Freunde des Anschlusses an Deutschland, und wir haben diesen Anschluß an Deutschland begehrt in der Zeit des Novembersturmes im Vorjahre, als alle anderen Parteien noch Gegner dieses Anschlusses waren. (Rufe: Bis auf die Großdeutschen!)“¹²⁵

Gruber forderte einen Anschluss des gesamten Landes Deutschösterreich an Deutschland und keine Aufteilung der Bundesländer auf verschiedene Staaten, wie er an anderer Stelle nochmals bekräftigte: „Der Anschluß kann nur gewonnen werden in der Gesamtheit aller Deutschösterreicher und jede Abkehr vom Gesamtstaate ist eine Schädigung des Anschlußgedankens. Und das soll nach Möglichkeit vermieden werden.“¹²⁶

Gruber hielt den neuen Staat Deutschösterreich für lebensunfähig:

„Den Anschluß an Deutschland wird uns niemand verwehren können. Die Entente wird heute schon eingestehen müssen, daß sie mit der Schaffung des Staates Deutschösterreich einen kolossalen Fehler gemacht hat. Daß dieser Staat lebensunfähig ist, das ist heute offenkundig. Wir können ohne Anschluß an Deutschland nicht existieren.“¹²⁷

Gruber lehnte aber Anschlussgedanken im Zusammenhang mit der Tschechoslowakei oder Jugoslawien ab, da er Österreich als Teil der deutschen Kultur begriff:

„Das Begehren nach der Donaukonföderation oder dem Anschluß an die Tschechoslowakei oder an den Jugoslawischen Staat ist wirtschaftlich vielleicht begreiflich. Aber es wäre geradezu eine Verhöhnung der Prinzipien, die die Entente auf dem Friedenskongresse immer als führenden Gedanken ausgesprochen hat, uns Deutsche an die Tschechen oder an die Südslawen anzukuppeln und uns den Anschluß an Deutschland unmöglich zu machen. [...] Wir sind mit den Deutschen im Reich nicht allein durch die Sprache verbunden, unsere ganze Kultur ist eine einheitliche. Uns scheiden die Grenzen nicht voneinander. Wir sind ein einzig Volk und ich glaube, einem solchen Gedanken gegenüber kann sich niemand ablehnend verhalten.“¹²⁸

Die deutschnationale Haltung der Linzer Sozialdemokratie zeigte sich 1915 in der Zustimmung zu einem Beschluss des Gemeinderates, die Regierung aufzufordern, den wirtschaftlichen Anschluss an Deutschland unverzüglich vorzubereiten.¹²⁹

Die Linzer Sozialdemokraten lagen in der Frage des Anschlusses ganz auf der Linie Renners, der sich, so Tweraser, für die „Mitteleuropaphantasien des deutschen Politikers Friedrich

¹²⁵ OÖ. Landtag, XII. Periode, I. Session, 16. Sitzung, 10.12.1919, 292.

¹²⁶ Ebenda, 293.

¹²⁷ Ebenda.

¹²⁸ Ebenda.

¹²⁹ Tweraser, Gemeinderat, 214 f.

Naumann im Gegensatz zum linken Parteiflügel, vertreten etwa durch Robert Danneberg, einsetzte, der den Zweck eines Schutzzollsystems in Mitteleuropa als die Fortsetzung des Krieges mit wirtschaftlichen Mitteln interpretierte¹³⁰.

Haltung zum Krieg und den Kriegsanleihen

Von den acht Kriegsanleihen, die von der Stadt Linz gezeichnet wurden, stimmten die Sozialdemokraten für die ersten sechs, im Dezember 1917 stimmten sie zum ersten Mal dagegen.¹³¹ Im März 1917 distanzierte sich die Sozialdemokratie deutlicher als sonst von den bürgerlichen Parteien und Gruber forderte unter dem Eindruck der russischen Februar-Revolution, dass man den breiten Massen ihren Anspruch auf Gleichberechtigung erfüllen müsse.¹³² Im Juni 1917 verlangte er, dass die Entscheidung über den Krieg in die Hände der Massen zu legen sei. Er stimme nunmehr zum letzten Male einer Kriegsanleihe zu, „weil das Maß der Verantwortung, das die Sozialdemokratie übernehmen könne, voll sei“¹³³.

Nach Tweraser forderte Gruber zwar ein Ende des Krieges und verkündete seine Solidarität mit den revolutionären Massen in Russland. Er verspürte selbst aber wenig Ambitionen, die Straße als Ort der politischen Auseinandersetzung für seine „ideologischen Fernziele“ zu nutzen.¹³⁴

Angriffe auf die Herkunft deutschnationaler Politiker

John konstatiert bei den Sozialdemokraten eine Politik, die darauf abzielte, deutschnationale Abgeordnete durch die Betonung ihrer Herkunft vor den Kopf zu stoßen und gleichzeitig die Sozialdemokratie als Hort „deutscher Gesinnung“ darzustellen. Als Beispiel dient Andreas Bolek, der 1927 auf einer bürgerlichen Einheitsliste in den Linzer Gemeinderat gewählt wurde und 1928 zum Gauleiter der NSDAP in Oberösterreich aufstieg. Bolek stammte aus Galizien, das in der Zwischenkriegszeit zu Polen gehörte. Als die NSDAP 1932 in Linz Neuwahlen forderte mit der Begründung, dass das Deutschtum von der „roten Diktatur“ vernachlässigt worden war, kam Bürgermeister Gruber auf Boleks Herkunft zu sprechen: „Der Herr Gemeinderat Bolek verwechselt den deutschen Gemeinderat von Linz, den Gemeinderat der deutschen Stadt Linz, mit irgendeiner Körperschaft seiner polnischen Heimat (Unruhe). Man

¹³⁰ Tweraser, Gemeinderat, 215; vgl. dazu Pollak, Sozialismus, 114.

¹³¹ Mayrhofer, Dinghofer, 84.

¹³² ASStL, GRP, 7.3.1917.

¹³³ ASStL, GRP, 6.6.1917.

¹³⁴ Tweraser, Gemeinderat, 215.

wird erst wissen müssen, ob sie überhaupt das Recht haben, im Namen des Deutschtums zu sprechen.“¹³⁵

Bolek beschimpfte sozialdemokratische Abgeordnete wie Ernst Koref als „Tempelbruder“, „Wunderrabbi“ oder „Halbjuden“. Gemeinderat und Nationalsozialist Josef Mayrhofer verwendete den Begriff „Halbjude“ für Koref als permanente Provokation: „Reden Sie nicht so mit den Händen, Herr Halbjude“ oder „Sind Sie ruhig, Sie Halbjude, Sie!“ Wenn auch Koref diese verbalen Angriffe sehr persönlich nahm, musste für Gruber eingeschränkt werden, so John, dass bei ihm die Verwendung der Begriffe wie „deutsches Linz“ oder „Deutschtum“ keineswegs „frei von deutlicher Ironie“ gewesen war.¹³⁶ So spielte Gruber wiederholt auf die Herkunft Boleks an und betonte, er sei nicht Bürgermeister einer polnischen Stadt.¹³⁷

Angriffe auf christlichsoziale Politiker

Als Bürgermeister griff Gruber die Christlichsoziale Partei in Gestalt ihres Vorsitzenden am 6. November 1930 mit den Worten an: „Sie sind eine Dreckspartei, eine Saupartei sind Sie, die nicht wert ist, daß sie angespuckt wird.“¹³⁸

Antiklerikale Haltung

Nach Bukey war Gruber bekannt für seine „sarkastischen Sticheleien und sein mürrisches Gemüt“. Da er schwerhörig war, nahm er anderen gegenüber, so Bukey, öfter eine aggressive Haltung ein, nur um sein Gebrechen zu verschleiern. Gruber war ein leicht reizbarer Antikleriker, der im Rathaus als Gemeinderat und im Sitzungssaal des Landtags als Landeshauptmann-Stellvertreter seine „Angriffe gegen Christlichsoziale sichtlich genoß“. Den Ursprung für seine antiklerikale Haltung sieht Bukey darin, dass er seinen Lehrerverposten verlor, weil er sich geweigert hatte, während der katholischen Messe niederzuknien.¹³⁹

Gruber über die Heimwehr und das Mühlviertel

Nach einem Aufmarsch von 6.000 Heimwehrmitgliedern, die vor allem aus ländlichen Regionen stammten, fand Bürgermeister Gruber nicht nur wenig schmeichelhafte Worte über die

¹³⁵ Zitiert nach John, Bevölkerung, 197.

¹³⁶ Ebenda, 421.

¹³⁷ Ebenda.

¹³⁸ Zitiert nach ebenda, 207.

¹³⁹ Bukey, Patenstadt, 72.

Heimwehr, sondern auch über die Mühlviertler: „Mit denen werden wir schon fertig“ und „die Mühlviertler können uns in Linz gestohlen bleiben.“¹⁴⁰

Straßenumbenennungen und die Haltung zur demokratischen Republik

Die Sozialdemokraten beantragten im Linzer Gemeinderat, alle Straßennamen, die aus der Zeit der Monarchie stammten, umzubenennen. Die ablehnende Haltung der Christlichsozialen rief Gruber als Gemeinderat auf den Plan. So warf er ihnen vor, dass die Zugehörigkeit zur Christlichsozialen Partei zu jeder Zeit eine affirmative Haltung zum Habsburgischen Herrschergeschlecht impliziere. Er könne aber die Haltung der Großdeutschen nicht begreifen, die, wenn es sich um ein Bekenntnis zum Freisinn handelt, jedes Mal unter die klerikale Kutte kriechen. Der christlichsoziale Priester-Politiker Stempfer klagte im Gegenzug die Sozialdemokraten an, bediente sich der Täter-Opfer-Umkehr und beschuldigte sie des Kommunismus: „Sie haben es auf ihre Parteifahne geschrieben, dass Ihr einziges Ideal nicht die demokratische, sondern die sozialistische Republik ist. Sie selbst sind ja in Wirklichkeit programmatische Gegner der bestehenden Republik.“¹⁴¹

Gruber wehrte sich gegen diese Verleumdung der Christlichsozialen und präsentierte sich als untadeliger Verteidiger der demokratischen Republik:

„Die Vorstufe der sozialistischen Republik ist die demokratische Republik, die Plattform, auf der wir uns durch Ausnützung aller gesetzlichen Mittel die sozialistische Republik erkämpfen werden. [...] Deshalb, weil die demokratische Republik die Vorbedingung zur Erlangung der sozialistischen Republik ist, verteidigen wir sie mit Zähnen und Klauen.“¹⁴²

Gruber verschwieg aber wohlweislich, kritisierte Tweraser in Einklang mit Hanisch, ob es von der sozialistischen Republik eine Rückkehr zur demokratischen Republik durch demokratische Wahlen gäbe, oder, ob die „Diktatur des Proletariats“ diesen Weg unmöglich machte, wie Bürgertum und Bauern befürchteten.¹⁴³

Gruber verunglimpfte die Christlichsozialen im Linzer Gemeinderat als „Soldknechte der Dynastie und der Klerisei“ und entlarvte die Großdeutschen als Gegner der Republik, weil das Hakenkreuz das Zeichen des politischen Mordes sei.¹⁴⁴ Aus Sicht der Christlichsozialen war die SDAP in Wirklichkeit eine „bolschewistische Partei“, die gegen die parlamentarische Demokratie agitierte. Der Verzicht der Sozialdemokraten auf eine sofortige Verwirklichung

¹⁴⁰ Zitiert nach John, Bevölkerung, 207.

¹⁴¹ AStL, GRP, 28.10.1921.

¹⁴² Ebenda.

¹⁴³ Tweraser, Landtag, 362. Vgl. dazu Hanisch, Otto Bauer, 180 f.

¹⁴⁴ AStL, GRP, 28.10.1921.

ihrer sozialistischen Ziele wurde vom Bürgertum, so Tweraser, als eine „Verschleierung ihrer wirklichen Absichten“ interpretiert. Dahinter lauerte für die Christlichsozialen die permanente Gefahr einer „Diktatur des Proletariats“. Die Sozialdemokraten wollten noch nicht einen Bürgerkrieg an die Wand malen, warnten aber apokalyptisch vor einer bald fehlenden Kontrolle über die Massen.¹⁴⁵

Ideologie und politische Umsturzpraxis

Gruber stand wie andere Sozialdemokraten vor dem täglichen Spannungsfeld, die angestrebte „Diktatur des Proletariats“ mit dem politischen Alltag, der Kompromisse gemeinsam mit dem politischen Gegner forderte, zu vereinen. Ohne seine ideologischen Ziele aufzugeben, verweigerte er jede Politik der Straße und zeigte sich für eine Kooperation zur Verwaltung des Gemeinwesens bereit:

„Wir Sozialdemokraten sind die Partei des klassenbewußten, zum Klassenkampf erzogenen Proletariats. [...] Aus diesem Grunde haben wir [...] bei allen Fragen ökonomischer und politischer Art das Klasseninteresse des Proletariats voranzustellen und dahin zu wirken, daß jede Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze vermieden wird. Somit trennt uns eine ganze Weltanschauung von Ihnen. Uns ist die Zukunft des neuen Staates zu heilig, als daß wir durch irgendwelche abenteuerliche Bestrebungen den jungen Bestand des demokratischen Freistaates gefährden wollen.“¹⁴⁶

Gruber verstand es, im politischen Alltag vor dem theoretischen revolutionären Umsturz zu warnen und so die Bedeutung der Sozialdemokratie als Garant für Sicherheit hervorzuheben, wie im September 1919: „Träumen Sie ja nicht von einem Zustand der Reaktion. Ein neuer Umsturz droht uns und Sie sind nicht imstande, die Bewegung aufzuhalten, wenn wir nicht an unserem Platz stehen und uns gegen die Massen wenden.“¹⁴⁷

Die deutschnationale Tages-Post versuchte Gruber mit einer angedrohten Demonstration einzuschüchtern. Dabei betonte er einmal mehr, dass die Sozialdemokratie die Massen als einzige Kraft in Schach halten konnte:

„Wenn das nächste Mal wieder [...] eine solche Menschenmasse in der Stadt zusammenströmt, dann könnten schon Mittel und Wege gefunden werden, daß sich die Demonstranten nicht zur Landesregierung begeben, sondern zu jener Presse, die gewissenlos genug ist, die Bevölkerung [...] zu verhetzen [...] Damals, in den Tagen des Umsturzes [...] ist von der bürgerlichen Presse kein Widerstand geleistet worden [...] Das hat die Angst vor den Massen gemacht [...] Immer mehr bringen wir die Massen der Arbeiterschaft in geregelte Bahnen, und nun wird das falsch ausgelegt. Dieser Erfolg wird so gewertet, als

¹⁴⁵ AStL, GRP, 27.4.1922.

¹⁴⁶ AStL, GRP, 16.11.1918. Vgl. dazu Kulczycki, Dametz, 199.

¹⁴⁷ AStL, GRP, 19.9.1919.

wenn die Arbeiterschaft weniger revolutionäre Kräfte hätte als früher [...] nun traut sich auf einmal so ein Pressegockel auf den Mist und kräht.“¹⁴⁸

Gruber und der Schutzbund

Die Sozialdemokratie setzte den bewaffneten Wehrorganisationen der bürgerlichen und rechten Parteien einen eigenen Verband entgegen und gründete daher im Frühjahr 1923 den Republikanischen Schutzbund. In Oberösterreich wurde Richard Bernaschek von Gruber und Dametz mit dem Aufbau und der Leitung des Schutzbundes beauftragt. Er spielte, so Tweraser, „in der Gemeinderatspolitik jedoch keine Rolle“¹⁴⁹.

Gruber gehörte wie Dametz zwar dem gemäßigten Flügel der Sozialdemokratie an und bevorzugte konziliante Verhaltensweisen, allerdings mit Einschränkungen auf Landesebene, weniger in der Stadtpolitik. Er konnte eben, so Tweraser, seinen „Hang für prononcierte ideologische Debatten“ im Landtag nicht immer unterdrücken, was gelegentlich der praktischen Zusammenarbeit nicht förderlich war.¹⁵⁰ Für Gruber wies die Existenz von Wehrverbänden auf einen kommenden Bürgerkrieg hin und so plädierte er für den Abbau der Wehrformationen, der auch vor dem Schutzbund nicht Halt machen sollte. In jedem Fall forderte er eine strenge Kontrolle der Wehrorganisationen, die er beim Schutzbund selbst in die Hand nahm. Es war für Tweraser kein Zufall, dass Gruber sich demonstrativ an den Aufmärschen des Schutzbundes beteiligte, wie beim größten Aufmarsch am 20. Oktober 1929 vor dem Starhembergsschloss Waxenberg:

„Die Demonstration der Solidarität von Partei und Wehrorganisation war wohl eines seiner Ziele. Seine Präsenz hatte aber auch eine Kontrollfunktion, so etwa seine Beteiligung an der Schutzbunddemonstration vor dem Schloß Starhembergs in Waxenberg.“¹⁵¹

Der Aufmarsch kam auch, so Tweraser, im Linzer Gemeinderat auf die Tagesordnung durch eine Anfrage der Großdeutschen. Zum Transport der Schutzbündler sollen angeblich Lastwagen der Stadtgemeinde Linz benützt worden sein.¹⁵² Am 12. November 1929 kam es dann zu einem gewalttätigen Zusammenstoß in Linz zwischen Arbeitern und Heimwehrmitgliedern, die von einem Aufmarsch zurückkehrten.¹⁵³

¹⁴⁸ AStL, GRP, 15.7.1921.

¹⁴⁹ Tweraser, Gemeinderat, 226.

¹⁵⁰ Ebenda, 206.

¹⁵¹ Ebenda.

¹⁵² AStL, GRP, 21.11.1929.

¹⁵³ Vgl. dazu Botz, Attentate, 267.

Als Linzer Bürgermeister stand Gruber unverrückbar auf der Seite des Schutzbundes und wehrte sich gegen eine einseitige Bekanntgabe aller Waffenbestände des Schutzbundes, ohne die Waffenlager der Heimwehr offen zu legen.

„Nun fragen die Großdeutschen, ob ich bereit bin, zur Beruhigung der Bevölkerung über die Waffenlager des Schutzbundes dem Gemeinderat restlos Aufklärung zu geben. Ich bin dazu nicht verpflichtet, würde es aber sofort tun, wenn mir Herr Dr. Foltz die Waffenbestände der Heimwehr, der Wehrbünde usw. bekanntgibt! Von uns allein aber so etwas zu verlangen, ist doch sehr naiv, um den gelindesten Ausdruck dafür zu gebrauchen.“¹⁵⁴

Gruber bekannte sich zum Waffenbesitz des Schutzbundes, betonte aber mehrmals, diese Waffen ausschließlich zur Verteidigung der Sozialdemokratie und der Republik einsetzen zu wollen – im Gegensatz zur Heimwehr.

„Die Waffen, die der Schutzbund besitzt, werden niemals und nie anders verwendet als zum Schutze der Republik. (Langanhaltender, stürmischer Beifall.) Wir werden diese Waffen einzig und allein verwenden zur Verteidigung der Republik, wenn sie in Gefahr ist, und zu unserer eigenen Verteidigung. Wir haben ja dasselbe Recht wie jeder andere Staatsbürger. Und wenn unter den Augen der Regierung die Heimwehr mit Maschinengewehren, Kanonen und sonstigem Kriegsgerät aufmarschieren kann, so haben wir Sozialdemokraten zumindest das Recht, Waffen zu besitzen, um die Freiheit unserer Klasse, die Freiheit der Republik und ihre Existenz zu verteidigen. (Stürmischer Beifall.)“¹⁵⁵

Gruber drückte sein Entsetzen nicht nur über die einseitige Waffensuche beim Schutzbund aus, sondern vor allem über die Stationierung von Kanonen rund um Linz zur Einschüchterung der unterdrückten Arbeiterschaft, die seiner Ansicht nach auf keinen Fall akzeptiert werden durfte:

„Die Sozialdemokratie hat niemals Waffen gegen Bundesbürger gerichtet. Aber in den Tagen der Waffensuche sind auf den Bergen in der Umgebung von Linz Geschütze schußfertig bereitgehalten worden, um sich gegen die Stadt, gegen Leben und Eigentum aller Bürger zu entladen. (Lebhafte Pfui-Rufe.) Die sozialdemokratische Bevölkerung wird niemals vergessen können, daß eine Bundesregierung ohne Nötigung die ganze Stadt unter den Druck von Kanonen gestellt hat. Und da reden Sie von Terror! Sie, die Kanonen gegen eine wehrlose Bevölkerung auffahren ließen! Das wird Ihnen die sozialdemokratische Partei niemals vergessen dürfen.“¹⁵⁶

Gruber wies darauf hin, dass Sozialdemokraten nicht als Staatsbürger zweiter Klasse betrachtet werden dürften. Noch dazu, wo diese Sozialdemokraten im Ersten Weltkrieg gekämpft und das Eigentum derjenigen verteidigt hatten, die sie, wenn es aber um politische Gleichberechtigung ging, für minderwertig betrachteten:

¹⁵⁴ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 27. November 1930, 275.

¹⁵⁵ Ebenda.

¹⁵⁶ Ebenda.

„Denn wir sind in diesem Staate nicht eine Vereinigung von Staatsbürgern minderen Rechts. Die der Sozialdemokratie ihre Stimme geben, sind Volkskreise, die seinerzeit in den Schützengräben dieses Land verteidigt haben, und zwar auch das ganze Eigentum jener bürgerlichen Kreise, die heute die Sozialdemokratie zu einer entrechteten Partei stempeln.“¹⁵⁷

Gruber bekräftigte sein Eintreten für eine Abrüstung der Wehrverbände, aber nicht einseitig beim Schutzbund, sondern bei allen Wehrorganisationen. Er weigerte sich aber einzusehen, dass Waffen immer nur beim Schutzbund gesucht wurden:

„Ich bedaure vor allem das eine, daß man sich heute noch immer nicht über die Schlagworte hinausheben kann, daß man noch immer nicht den Weg sucht, der den Staat und alle seine Gebietskörperschaften aus dem Elend herausführt: Verständigung, Abrüstung und an Stelle einseitigen Waffensuchens das Bemühen, durch Arbeit emporzukommen. (Stürmischer Beifall der Sozialdemokraten.)“¹⁵⁸

Gruber und die Linzer Spatenbrotwerke

Am 19. Oktober 1900 gründeten sieben Bäckerarbeiter die „Erste Linzer Arbeiterbäckerei“. Im Keller des damaligen Gasthauses Hoffmann in der Drouotgasse 1 nahm ihre Bäckerei Ende November 1900 den Betrieb auf. Im Sommer 1904 wurde das neue Haus mit 14 Mitgliedern in der Novaragasse 4 bezogen. Nach der Übertragung an die Sozialdemokratische Partei gründete sie die Linzer Arbeiter-Brotwerke, Plöckinger, Gruber & Co. Die neuen Gesellschafter waren der sozialdemokratische Gemeinderat Josef Plöckinger, der die Arbeiterbäckerei mitbegründet hatte, Gemeinderat Josef Gruber und der Gewerkschafter Hans Ottensteiner. Erst im Jahr 1913 wurde ein modernerer Betrieb in der Unionstraße 31–33 errichtet.¹⁵⁹

Josef Hirschenberger, der Direktor der Linzer Wurstfabrik, war ein Freund und Gönner von Otto Stöber, der den Arbeiter-Radiobund gegründet hatte. Nach Aussagen von Hirschenberger hatte Gruber angeblich keine glückliche Hand in geschäftlichen Angelegenheiten wie bei der „Wegin“ in Wegscheid und bei den „Spatenbrotwerken“ in Linz als „kaufmännisch Verantwortlicher“.

„Oft erzählte er mir (besonders als ich wegen meiner finanziellen Eigenmächtigkeiten beim Arbeiter-Radiobund von Landeshauptmann Gruber sehr stark angegriffen und beschuldigt wurde), daß sich ‚der Gruber‘ doch nichts antun solle, weil er selber sowohl bei der ‚Wegin‘ in Wegscheid, als auch bei den ‚Spatenbrotwerken‘ in Linz als kaufmännisch Verantwortlicher nichts als Pleiten produziert habe – so habe das Portierhaus bei den Spaten-

¹⁵⁷ Amtsblatt der Landeshauptstadt Linz vom 27. November 1930, 275.

¹⁵⁸ Ebenda.

¹⁵⁹ <http://www.lentia.at/zeitreisen/industriegeschichte/spaten-brotwerke/> (25.5.2022).

brotwerken wegen seiner kaufmännischen Unfähigkeit mehr gekostet als die ganzen Brotwerke – wie Hirschenberger, als Magenkranker oft übel gelaunt, manchmal ‚coram publico‘ verdrießlich erzählte.“¹⁶⁰

Rezeption

Begräbnis 1945

Die Verabschiedung von Bürgermeister Josef Gruber fand am 8. September 1945 vor dem Rathaus statt. Der Trauerzug führte durch die Rathausgasse, über den Pfarrplatz, den Graben, die Freiheitsstraße und die Humboldtstraße zum Friedhof. „Im Namen aller Gesinnungsfreunde“ unterzeichneten die Einladung Dr. Ernst Koref, Heinrich Kandl, Dr. Alois Oberhummer und Hans Ottenbacher.

„Die letzte Freundespflicht erfüllend geben wir bekannt: Der Freund und Lehrer der oberösterreichischen Arbeiterschaft, der langjährige Vorsitzende der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oberösterreichs Josef Gruber, ehemaliger Bürgermeister der Landeshauptstadt Linz, Landeshauptmannstellvertreter Oberösterreichs hat am 5. September 1945 sein kampffrohes Leben beendet. Vorbildlich in Gesinnungstreue bewahrte er auch in schwerster Zeit geistige Würde. Er sagte jederzeit seine Meinung und scheute keine Widerstände. Mit dem Tode unseres Kampfgefährten schließt ein erfolgreiches Kapitel der oberösterreichischen Arbeiterbewegung. Unser Dank soll dem Abgeschiedenen dadurch werden, daß wir dafür sorgen, die würdigen Erben einer großen Vergangenheit zu sein.“¹⁶¹

Straßenbenennung 1945

„Auf Gemeinderatsbeschluß vom selben Jahre [1945] wurde eine Straße (Donaulände zur Krankenhausstraße) nach ihm [Josef Gruber] benannt.“¹⁶²

Ehrengrab 1950

Am 11. November 1950 wurde im Ehrenhof des Urnenhains Urfahr das Ehrengrab des Altbürgermeisters Josef Gruber mit einer schlichten Feier enthüllt. Bürgermeister Dr. Koref würdigte die Verdienste des am 5. September 1945 im 79. Lebensjahr nach langem, schweren Lei-

¹⁶⁰ Stöber, Moor-Stöber, 289.

¹⁶¹ AStL, Nachlass Kammerstätter, Zur Geschichte der SPÖ, Einladung für Verabschiedung 8.9.1945, 5.9.1945.

¹⁶² Grill, Bürgermeisterbuch, 120.

den verstorbenen Altbürgermeisters Gruber, „der sein ganzes Leben in den Dienst der Arbeiterbewegung und der Demokratie gestellt hatte“¹⁶³. Landeshauptmann-Stellvertreter Bernaschek hob in seiner Ansprache vor allem die Verdienste Grubers in seiner Eigenschaft als Mitglied der Landesregierung hervor, der er in den Jahren 1918 bis 1930 als Landeshauptmann-Stellvertreter angehört hatte: „Er war ein großer Lehrer des arbeitenden Volkes, der nach einem Leben voll harter Arbeit und mancher Enttäuschung noch das Glück hatte, das Wiedererstehen der Demokratie zu erleben.“¹⁶⁴ Das von Professor Ritter der damaligen Linzer Kunstschule geschaffene Denkmal stellt „eine knieende Jünglingsfigur dar, die mit beiden Händen eine Opferschale emporhält. Die Figur ruht auf einem aus Nagelfluh gehauenen Block“¹⁶⁵.

Würdigung 1961

Im sozialdemokratischen Tagblatt wurden die Leistungen der führenden Sozialdemokraten im oberösterreichischen Landtag gewürdigt. Gruber trat demnach mit besonderen Leistungen bei der Ernährungsfrage und im Genossenschaftswesen hervor:

„Als Landesparteiobmann war Gruber der bekannteste unter diesen Mandataren. Er wurde am 12. März 1867 in Lambach geboren, besuchte die Lehrerbildungsanstalt, wurde dann Lehrer in Gmunden, trat 1895 der Sozialdemokratischen Partei bei, kam nach Linz und wurde dort 1895 in den Gemeinderat gewählt. Von 1907 bis 1911 vertrat er seinen Wahlkreis als Reichsratsmitglied im Parlament. Von 1919 bis 1920 war Gruber ebenfalls Nationalrat. Als Landtagsabgeordneter gehörte er dem Landtag seit 1919 an. 1920 wurde er in den Bundesrat entsandt. In der Landesregierung bekleidete Gruber die Funktion eines dritten Landeshauptmann-Stellvertreters. Besondere Leistungen vollbrachte er auf dem Gebiete des Ernährungs- und Genossenschaftswesens.“¹⁶⁶

Zusammenfassung

Josef Gruber, darüber sind sich die maßgeblichen Autoren einig, war einerseits einer der besten Redner der Sozialdemokratie in Oberösterreich und debattierte mit seinem Gegenüber, Landesrat Josef Pfeneberger¹⁶⁷ von den Christlichsozialen, im Landtag auf einem Niveau, das nach ihnen nicht mehr erreicht werden konnte. Gruber war aber gleichzeitig auch einer der angriffigsten Politiker, sowohl im oberösterreichischen Landtag als auch im Linzer Gemeinderat, der sich viele Feinde gemacht hatte, vor allem dann, wenn er führende christlichsoziale

¹⁶³ „Ein Ehrengrab für Altbürgermeister Genossen Gruber“. In: Tagblatt vom 13. November 1950, 4.

¹⁶⁴ Ebenda.

¹⁶⁵ Ebenda.

¹⁶⁶ „Sozialisten im oberösterreichischen Landtag“. In: Tagblatt vom 7. Oktober 1961, 9.

¹⁶⁷ Vgl. dazu Zinnhobler, Kirche und Nationalsozialismus, 971 f., und Schuster, Langoth, 39.

Politiker wie Hauser persönlich beleidigte oder seine Wortmeldungen als solche aufgefasst wurden.

Auf der anderen Seite stand das „oberösterreichische Klima“, das trotz aller ideologischen Unterschiede zwischen den im Landtag vertretenen Parteien auf eine konstruktive Zusammenarbeit setzte, vor allem zwischen den Sozialdemokraten und den Christlichsozialen, lange Zeit aber selbst mit den Großdeutschen unter Langoth, wie Schuster vermerkt.¹⁶⁸ Bei seiner Angelobung als Bürgermeister hob Gruber die lebendige Demokratie im oberösterreichischen Landtag besonders hervor. Er verweigerte sich auch bis zuletzt, dem Wunsch der Wiener Parteiführung unter Bauer nachzukommen und mit der sozialdemokratischen Fraktion aus der Landesregierung auszutreten.¹⁶⁹

Gruber verstand es als blendender Rhetoriker, ähnlich wie Renner, mit feiner Ironie gegen die Verbalrabauken der Großdeutschen und später vor allem der NSDAP vorzugehen. John vermeint hinter diesen bewussten Angriffen auf die ausländische Herkunft der Nationalsozialisten eine sozialdemokratische Strategie zu erkennen. Besonders auffällig war der verbale Schlagabtausch mit Bolek, dem Gauleiter der NSDAP in Oberösterreich, der aus dem zu Polen gehörenden Galizien stammte und seinen Akzent nicht verheimlichen konnte. Als Bürgermeister unterstellte ihm Gruber des öfteren, den deutschen Gemeinderat in Linz mit polnischen Einrichtungen zu verwechseln. Trotz der gezielten Strategie, die John den Sozialdemokraten unterstellt, muss er bei Gruber einschränken, dass die Ironie eine bedeutende Rolle spielte.¹⁷⁰ Gleichzeitig ist John davon überzeugt, dass Koref im Gegensatz zu Gruber die Verbalattacken der Nationalsozialisten, die von „Halbjude“ bis „Tempelbruder“ reichten, sehr persönlich nahm.

Literatur

Berchtold, Verfassungsgeschichte = Klaus Berchtold, Verfassungsgeschichte der Republik Österreich. Band 1: 1918–1933. Fünfzehn Jahre Verfassungskampf. Wien 1998.

Botz, Attentate = Gerhard Botz, Gewalt in der Politik. Attentate, Zusammenstöße, Putschversuche, Unruhen in Österreich 1918–1938. München 1983.

Bukey, Patenstadt = Evan Burr Bukey, „Patenstadt des Führers“. Eine Politik- und Sozialgeschichte von Linz 1908–1945 (Studien zur historischen Sozialwissenschaft 21). Frankfurt am Main u.a. 1993.

Gamsjäger, Schlegel = Helmut Gamsjäger, Dr. Josef Schlegel. Landeshauptmann von Oberösterreich. In: Österreich in Geschichte und Literatur, Jg. 13 (1969), F. 10, 489–495.

¹⁶⁸ Schuster, Eliten, 66.

¹⁶⁹ Tweraser, Landtag, 353; vgl. dazu Owerdieck, Parteien, 167.

¹⁷⁰ John, Bevölkerung, 421.

- Grüll, Bürgermeisterbuch = Georg Grüll, Das Linzer Bürgermeisterbuch. Linz 21959.
- Gutenberg, Druckerei = Druckerei Gutenberg 1910–2000. Hrsg. von Gutenberg Werbering GesmbH. Linz 2000.
- Hanisch, Otto Bauer = Ernst Hanisch, Der große Illusionist: Otto Bauer (1881–1938). Wien u.a. 2011.
- John, Bevölkerung = Michael John, Bevölkerung in der Stadt. „Einheimische“ und „Fremde“ in Linz (19. und 20. Jahrhundert) (Linzer Forschungen 7). Linz 2000.
- John, City = Michael John, Vom nationalen Hort zur postmodernen City. Zur Migrations- und Identitätsgeschichte der Stadt Linz im 20. und 21. Jahrhundert (HistJbL 2014/2015). Linz 2015.
- Koref, Die Gezeiten = Ernst Koref, Die Gezeiten meines Lebens. Wien-München 1980.
- Kriechbaumer, Die Protokolle = „Dieses Österreich retten ...“ Die Protokolle der Christlichsozialen Partei in der Ersten Republik. Hrsg. von Robert Kriechbaumer. Wien 2006.
- Kulczycki, Dametz = Werner Kulczycki, Bürgermeister Josef Dametz. In: HistJbL 1976 (1977), 183–220.
- Mayrhofer, Dinghofer = Friedrich Mayrhofer, Franz Dinghofer – Leben und Wirken (1873–1956). In: HistJbL 1969 (1970), 11–152.
- Owerdieck, Verfassungsfrage = Reinhard Owerdieck, Parteien und Verfassungsfrage in Österreich. Die Entstehung des Verfassungsprovisoriums der Ersten Republik 1918–1920, Wien 1987.
- Pollak, Sozialismus = Walter Pollak, Sozialismus in Österreich. Von der Donaumonarchie bis zur Ära Kreisky. Wien 1979.
- Puffer, Gemeindemandatare = Emil Puffer, Die Linzer Gemeindemandatare. In: Richard Bart und Puffer Emil, Die Gemeindevertretung der Stadt Linz vom Jahre 1848 bis zur Gegenwart. Geschichte – Biographien. Linz 1968, 53–294.
- Schuster, Langoth = Walter Schuster, Deutschnational. Nationalsozialistisch. Entnazifiziert. Franz Langoth. Eine NS-Laufbahn. Linz 1999.
- Schuster, Eliten = Walter Schuster, Eliten in Politik und Verwaltung: Die Stadt Linz 1918 – 1934 – 1938 – 1945. In: Biographien und Zäsuren. Österreich und seine Länder 1918 – 1933 – 1938 (HistJbL 2010/2011). Hrsg. von Wolfgang Weber und Walter Schuster. Linz 2011, 55–90.
- Schuster, Umbruch = Walter Schuster, Umbruch 1918–1921. In: , (Hg.), Linz zwischen Demokratie und Diktatur 1918–1945 (Linz-Bilder 2). Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 2008, 15–22.
- Slapnicka, Führungsschicht = Harry Slapnicka, Oberösterreich – Die politische Führungsschicht 1918–1938 (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 3). Linz 1976.
- Slapnicka, Bürgerkrieg = Harry Slapnicka, Oberösterreich – Zwischen Bürgerkrieg und Anschluß (1927–1938) (Beiträge zur Zeitgeschichte Oberösterreichs 2). Linz 1975.
- Stöber, Moor-Stöber = Otto Stöber, Die Moor-Stöber. 275 Jahre Neydhartinger Moor-Familie Stöber vor dem historischen Hintergrund der Jahre 1699–1974. Linz 1975.
- Tweraser, Gemeinderat = Kurt Tweraser, Der Linzer Gemeinderat 1914–1934. Krise der parlamentarischen Demokratie. In: HistJbL 1980 (1981), 199–274.

Tweraser, Landtag = Kurt Tweraser, Der oberösterreichische Landtag im Lichte politik- und sozialwissenschaftlicher Modelle 1918–1934. Parteien, Wahlen, Proporzdemokratie und Elitenkooperation in einer versäulten politischen Kultur. In: Oberösterreich 1918–1938. Band 1. Hrsg. vom Oberösterreichischen Landesarchiv. Linz 2014, 251–375.

Zinnhobler, Kirche und Nationalsozialismus = Rudolf Zinnhobler, Kirche und Nationalsozialismus in der Gauhauptstadt Linz. In: Nationalsozialismus in Linz. Bd. 2. Hrsg. von Fritz Mayrhofer und Walter Schuster. Linz 2001, 937–1024.

